

Volksstimme

Einzelpreis 200 Mk.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. P. Jannich & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprecher: Anruf 1111; für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 4800 Mark. — Anzeigengebühr: Die halbjährliche Monatszeitschrift 500 Mark, auswärts 600 Mark, im Restamertel Seite 1800 Mark, auswärts 2200 Mark. Vereinstafel Seite 450 Mark. Anzeigenabart geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 133.

Magdeburg, Dienstag den 12. Juni 1923.

34. Jahrgang.

Die Münchner Verschwörung.

In München, dem Sammelbecken der deutschen Monarchisten, wird seit einer Woche ein Hochverratsprozess verhandelt. Da unser Raum durch den Sommerferien Landfriedensbruch stark beengt war, haben wir erst einen summarischen Bericht über das Verhör der Angeklagten unsern Lesern unterbreiten können. Heute folgen die Aussagen des Hauptbelastungszeugen. Die weiteren Vorgänge im Gerichtssaal, die schon in den bayrischen Landtag hinein ihr grelles Licht geworfen haben, werden wir zur Kenntnis bringen.

Zum bessern Verständnis und zur richtigen Würdigung der skandalösen Vorfälle, die gerichtlich aufgestellt werden sollen, seien hier einige kritische Bemerkungen vorzugeschickt. Die Vernehmungen und Aussagen muten nämlich wie die Phantasien tollkranter Menschen an. Was hat sich begeben?

In München erscheint eines Tages ein französischer Oberst. Die Anklageschrift bezeichnet diesen Oberst Augustin Richter als Generalstabsoffizier und als Kohlenkommissar im Saargebiet, als einen Mann von überaus großem Einfluß, der „über den Rahmen seiner amtlichen Stellung hinaus Verbindungen mit den höchsten Regierungsstellen, insbesondere mit dem französischen Ministerium des Innern“ besitzt und vermöge „seiner Tatkraft und Zielbewußtheit bei seiner Regierung großes Ansehen genießt, so daß er deren Entschlüsse in entscheidender Weise zu beeinflussen vermag“.

Dieser Mann war nicht unbekannt. Im Saarrevier hatte er ein ganzes Heer von Spitzeln und Denunzianten unterhalten, hatte zahllose Saarländer vor die französischen Kriegsgerichte gebracht, zahllose deutsche Arbeiter und Beamte aus dem Revier gejagt und ist als der böse Geist im Saargebiet „jedem Arbeiter, jedem Beamten, ja fast jedem Schulkind gekannt“ und von ihnen gehaßt.

Dieser also so glänzend beleumdete Herr tritt eines Tages in München in den Kreis hakenkreuzlerischer Geheimbündler und entwickelte folgenden „Plan“: Bayern habe sich gegen das Reich zu erheben und die deutsche Abwehrfront an der Ruhr zu zertrümmern. Zum Danke für diese Tat werde Frankreich aus Bayern, der Rheinpfalz und Oesterreich ohne Wien — Wien wird der Reichspolizei zugedacht! — ein Großbayern errichten, das mit Württemberg, Baden, dem rechtsrheinischen Hessen, Hannover und Bremen zu einem neuen Rheinbund zusammengeschlossen wird. Das ganze linke Rheinufer — ohne die Rheinpfalz, die ja an Bayern „angehängen“ werden sollte — würde natürlich an Frankreich fallen.

Die patriotischen deutschvölkischen Hakenkreuzführer empfangen den gallischen Dämon vom Saarrevier, hören seine Pläne an und — lassen ihn nicht gleich verhaften, sondern schlagen in die dargebotene Hand ein! Friß und Machhaus, der Redakteur des hakenkreuzlerischen „Beobachters“, organisieren zunächst die zu diesem Verbrechen notwendige Militärgewalt; und zwar waren, wie aus der Voruntersuchung und aus dem Prozessverhör hervorging, „Treu-Oberland“ und „Blücher-Bund“ als Stützpunkte der Ausführung zu wählen. Der Kreisleiter vom Blücher-Bund, Berger, wird für die Verschönerung gewonnen. Es gelingt dem vereinten Bemühen der Fuchs, Machhaus und Berger, „Treu-Oberland“ mit dem „Blücher-Bund“ zu verschmelzen, also die Kampfkraft der zum „Loschlagen“ bestimmten Sturmverbände zu erhöhen.

In geheimen Konferenzen wird jede einzelne Phase der militärischen „Operation“, insbesondere aber der Plan eines Zusammenwirkens der deutschvölkischen mit französischen Truppen, beraten. Schier unerhörliche Geldmittel fließen den Verschwörern zu. Fieberhaft wird gerüstet. Richter drängt zum Losschlagen. Auch Machhaus, Berger, die beiden Brüder Gutermann — gleichfalls Mitglieder des Blücher-Bundes — fiebern vor Kampfbegier. Berger erklärte schon Mitte Februar, daß er, wenn die Leitung des Blücher-Bundes nicht mittue, allein mit seinen ihm ergebenden Leuten losschlage. Und am 23. Februar verkündet Machhaus einigen Mitgliedern des Blücher-Bundes: „Es muß sich heute entscheiden! Es muß endlich losgehen! Wer nicht mit will, der fällt einfach! Heute nacht werden noch ein paar umgelegt“ . . .

In der Tat erzwogen diese guten Leute, noch rasch vor der „Aktion“ einige ihrer Genossen „umzuliegen“. Die Verschwörer hatten auch den Privatdozenten Dr. Ruge, einen wüsten Antikemiker und Hakenkreuzler reinster Bäckung, für ihren jenseitigen Plan gewonnen. Er schlug vor, zum

Zwecke des „Umlegens“ eine „Tischka“ zu gründen. Allerdings dürfe sie nicht so brutal-offen vorgehen, sondern sich mit kultivierteren Methoden ihrer verdächtigen Freunde, so des Führers der bayrischen Volkspartei Dr. Heim und des übeln Hakenkreuzredakteurs Schardt vom Hiltlischen „Beobachter“, entledigen. Ein Giftchen in kleinen Gläschen, von dem einige Tropfen, in einer Speise verabreicht, ausreichen, das Opfer vom Leben zum Tode zu befördern. Ruge leugnet natürlich den Vergiftungsplan. Aber zwei Zeugen wiederholen unter Eid Ruge ins Angesicht die Behauptung, daß Ruge den Plan einer „Tischka“ angeregt und die Vergiftung einiger ihrer Freunde empfohlen habe. Ja, sie beteuern sogar, daß Ruge das Gift vorgegeben und daß er vorgeschlagen habe, den Abg. Heim in Regensburg durch die Hakenkreuzler Weinbrecht und Bau einfach „umbringen“ zu lassen . . .

Und nun erwäge man, daß diese „Pläne“ nicht von Gymnasiasten, deren Phantasie durch Detektivromane verdorben sein könnten, entworfen, sondern von Männern im Zenit ihres Lebens ernsthaft erwogen und bis nahe zur Durchführung sorgsam vorbereitet wurden, um die Tiefe des heimlichen Abgrundes auszumessen, in den dieses bössische Teufelschiff des Hakenkreuzes gestürzt ist! Der Prozess währt nun eine Woche. Bisher wurde kein einziger Punkt der Anklage erschüttert, keine einzige der klägerischen Behauptungen widerlegt. Alle bisher vernommenen Zeugen bestätigten den vollen Umfang des Verbrechens, ja sie fügten sogar dem schaurigen Bilde noch manchen charakteristischen Zug hinzu.

Der Prozess wird noch einige Tage währen. Aber das Ergebnis ist schon nicht mehr zweifelhaft. Die bössischen Geheimbünde sind als Brutstätte wüsten Verbrechertums entlarvt.

Das Verhör der Belastungszeugen.

Der Vernehmung des Hauptangeklagten Fuchs folgte am Dienstag die der übrigen Angeklagten. Sie versuchten sich meist darauf herauszureden, daß sie geglaubt haben, sich damit gegen den Volkshemismus verdient gemacht zu haben. Der Oberstleutnant a. D. Berger und der angeblich ehemalige böhmische Sozialdemokrat Munk gebräuchen die Ausrede, daß sie nicht gewußt haben, daß der von ihnen in den Hliegerbund aufgenommene Franzose Kreuzer und der Oberleutnant Richter ein und dieselbe Person waren. Munk sollte auf Veranlassung von Rechtsrat Dr. Kühles, Syndikus des Kohlenhändlerverbandes, mit der Prager Regierung in Verbindung treten zur Herbeiführung eines militärischen Druckes und eines wirtschaftlichen Abkommens auf Sachsen, und ob die Reichspolizei bei einem Vorrücken Frankreichs ebenfalls vordringen werde.

In der Mittwochssitzung des Volksgerichts verliest der Vorsitzende die Telegramme aus der Zeit vom 23. Januar bis 10. Februar 1923, die von Fuchs unter dem Decknamen Joswig u. Ko. und Generaldirektor Wöner an Hartmann-Saarbrücken und „Brudmann-Wiesbaden“, Decknamen für Oberleutnant Richter, gerichtet worden sind. Die Telegramme melden der Reihe nach: „Zementgeschäft kurzfristig abschließbar“; „Zementgeschäft gut entwickelt“; „Zementgeschäft rullt ab Mittwoch früh, mitbringend unbedingt noch 60 Serien“. Vom Vorsitzenden und Staatsanwalt ins Kreuzverhör genommen, gibt Fuchs seine Autorität teilweise zu.

Dann begann die Zeugenvernehmung, zunächst die des Hauptbelastungszeugen Major Mahr, dessen Verteidigung gegen den Antrag der Verteidigung beschloffen wurde. Seiner Vernehmung ist folgendes zu entnehmen: Major Mahr wurde im Juli 1923 durch seinen Kameraden Hauptmann Friedmann auf das Treiben der Angeklagten aufmerksam gemacht und versuchte mit diesem, den Hochverrättern auf die Spur zu kommen. Es gelang ihm, trotzdem der jetzt durch Selbstmord geendigte Machhaus genau wußte, daß er, Mahr, Gegner der Separatisten war.

Am 2. Februar 1923 begab sich Major Mahr in Abwesenheit des Machhaus zu Fuchs, den man bis dahin von ihm ferngehalten hatte und der ihm auch jetzt vom ersten Augenblick an nicht traute. Fuchs stellte seine ganzen Beziehungen zu Frankreich als „eine wirtschaftspolitische Unterspüßung“ hin. Wenige Tage später erfuhr Mahr jedoch, daß Fuchs in einer Besprechung mit Fauter und Schäfer, der nur zum Schein auf den Rutschplan eingegangen war, ganz unverbürgt vom Umsturz mit militärischen Mitteln gesprochen habe, was ihm Fuchs daraufhin auch zugab. In der nachfolgenden Führersitzung erklärte der inzwischen zum „Generalstabschef“ vorgeschobene Major Mahr, daß von einer raschen Aktion nicht die Rede sein könne, da er noch nicht genügend Einblick in die zur Verfügung stehenden Kräfte habe. Machhaus erwiderte sehr erregt, die Aktion müsse in acht bis vierzehn Tagen stattfinden, er werde mit (Mahr) die Organisation Schäfers (Blücherbund) und die angebliche Organisation Fauters (Bund ehemaliger Angehöriger der Marinebrigade) zur Verfügung stellen, um unter Absperrung der Mainlinie den Umsturz in Bayern herbeizuführen.

Den Höhepunkt der Aussage des Majors Mahr bildete seine Schilderung der Zusammenkunft mit dem französischen Oberleutnant Richter am 16. Februar, 4 Wochen vor der Ruhrbesetzung. Der Franzose drängte, man solle die Aktion nur durch-

führen, dann werde sich das alles schon finden. Auf das Drängen Richters, in die Aktion einzutreten, erklärte Mahr, man habe doch keine Waffen, was Richter bezweifelte, die vaterländischen Organisationen seien ja vorzüglich ausgestattet. Die Frage Mahr's, ob Richter Waffen liefern könne, verneinte dieser. Dann schrieb Richter an einem Seitentisch Briefe, und Mahr sah, daß er auch einen Scheck ausfüllte. Der Scheck, der über 1000 Dollar lautete, wurde Fuchs übergeben.

Major Mahr jagte weiter aus, daß er nach einer weiteren Sitzung der Verschwörer am 20. Februar seinen Freunden den Rat gegeben hat, den Oberleutnant Richter gelegentlich einer Sitzung, die für denselben Abend angelegt war, zu verhaften. Minister Schöcher erklärte aber, daß die Verhaftung aus innerpolitischen Gründen noch nicht erwünscht sei.

Die Sitzung fand dann ungehindert statt. Machhaus und Richter drängten zum Losschlagen.

Eine feine Familie.

Der Hochverratsprozess gegen den Kunstschaberständiger und Vertrauten Rupprechts von Wittelsbach, Professor Fuchs, entrollt ein Bild von dem Treiben der deutschvölkischen, das für die gesamte Bewegung moralisch vernichtend ist. Noch mehr als die Angeklagten sind die Kläger, diejenigen, über die zu Gericht geseffen wird. Geldgier, Angebertum, Spitzerei und Skrupellosigkeit, das sind die Haupttugenden dieser „Vaterländischen“, die sich dazu berufen fühlen, ihre Volksgenossen aus dem „Sumpf“ herauszuführen.

Der Führer des „Blücherbundes“ nimmt die Franzosengelder eines Machhaus und Fuchs, um dann ihre Geldgeber ans Messer zu liefern. Die große Leudle der bayrischen Völkischen, Privatdozent Dr. Ruge, der den Organisationsplan für den Geheimbund lieferte, beginnt seine Tätigkeit damit, daß er sich für über eine Million Devisen (darunter französisches Geld) sozusagen als Generalhändler ausbändigem läßt. Der Privatsekretär Ruges, Student Bauer, wird eines Tages ermordet aufgefunden. Der deutschvölkische Führer des „Blücherbundes“, Schäfer, der die Fuchs und Machhaus beipfelte, läßt auch den Mitgründer des Bundes, Ruge, überfallen. Ruge selbst beschließt, eine Mördergemeinschaft zu gründen, die die Aufgabe haben soll, „schändliche“ Politiker und unbequeme Parteifreunde zu beseitigen. Heim soll erdolcht werden. Den besonders rabiaten und völkisch-fanatizierten Redakteur des „Völkischen Beobachters“, Schardt, will er selbst aus der Welt schaffen. . . .

Das ist das Kostlose, daß diese Minderwertigkeit nicht nur für einzelne Mitglieder der Bewegung, sondern für die Bewegung selbst gilt. Sie lockt die Kreise, die mit ihr sympathisieren, immer tiefer in das Verbrechertum hinein, und die Regierung, die ihr tatenlos zusieht, muß sich selbst eines Verbrechens schuldig, das sich eines Tages bitter rächen muß. —

Die Allierten verhandeln.

Der Reichskanzler hat am Sonnabend bei einem Empfangsabend des Reichsverbandes der deutschen Presse in Münster eine außenpolitische Rede gehalten. Die Befürchtung, daß er auch jetzt wieder Porzellan zertrümmern würde, hat sich nicht bestätigt. Cuno hat nochmals an die Vernunft der Welt appelliert und auf jeden Phrasenschwall, den die Deutschnationalen von ihm erwarten, verzichtet. Endlich ist also im volksparteilichen Kabinett die Erkenntnis aufgeleuchtet, daß man mit Phrasen, wie sie erst kürzlich in München gebraucht wurden, keine Politik machen kann.

Die Zurückhaltung erscheint uns im Augenblick notwendiger denn je. Die alliierten Mächte verhandeln zurzeit über eine gemeinsame Antwort auf das Memorandum der deutschen Regierung. Nichts könnte Poincaré angenehmer sein, als eine neue Zweideutigkeit, deren sich die Regierung zum Schaden des Volkes und den Deutschnationalen zuliebe schon oft erlaubt hat. Wäre man früher zur Einsicht gekommen, dann wäre dem deutschen Volke manches erspart geblieben, und vor allen Dingen hätten in Frankreich die maßgebenden Persönlichkeiten nie einen Verzicht auf den passiven Widerstand gefordert, wenn der Sinn für politische Notwendigkeiten in der Wilhelmstraße bereits vorhanden gewesen wäre, als Deutschland im Ruhrgebiet noch eine geschickte Abwehrstellung besaß. Es ist begreiflich, wenn Frankreich heute auf die einmal in die Debatte geworfene Forderung nicht verzichtet. Die französische Regierung ist sich klar über ihre Machtposition und bemüht, sie aus Prestige Gründen voll auszunutzen. Schon hat sie den Entwurf für die gemeinsame

Antwort fertiggestellt. Sie beruht zunächst darauf, daß die deutschen Vorschläge in ihrer gegenwärtigen Form nicht annehmbar sind, gewisse Punkte in den deutschen Angeboten will man geändert sehen, wenn eine Verständigung möglich werden soll. Frankreich wie Belgien bestehen unbedingt darauf, daß Deutschland vor dem Beginn von Verhandlungen auf den „passiven Widerstand“ verzichtet.

Angesichts dieser Tatsache, an der nichts mehr zu ändern sein wird, halten wir es für zwecklos, fortgesetzt eine Diskussion über die Aufgabe des passiven Widerstandes abzulehnen. Es ist unbedingt notwendig, auch in diesem Punkte zu einer Verständigung zu kommen, die wir in einem Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit sehen. Langsam muß sich die Regierung in diesem Sinne aktiv betätigen und wenn nicht offiziell, so doch inoffiziell entsprechende Maßnahmen ergreifen. Sie sollte endlich bei allen politischen Handlungen bedenken, daß Deutschland alles zu verlieren hat, und daß das, was Frankreich noch aufgeben könnte, schließlich nur auf unsere Kosten aufgegeben wird.

Der Sozialdemokratie ist eine Verständigung unter Opfern im Rahmen des Möglichen jedenfalls lieber als die von den Deutschnationalen bewußt geförderte und herbeigeführte Kapitulation.

Die Not wächst weiter.

Die Debatte über die sozialdemokratische Teuerungskompensation wurde im Reichstag am Sonnabend fortgesetzt. Abgeordneter Wulle (dt.-völk.) schiebt alle Schuld an dem heutigen Elend den Sozialdemokraten, die den Friedensvertrag unterzeichneten, und den jüdischen Kapitalisten in die Schuhe. — Abgeordneter Ledebour (Nacht. Soz.) fordert zur Befestigung des Bodens und der Ausbeutung der Arbeiterkraft eine Aktion des gesamten Proletariats, die allein in der Lage sei, bessere Verhältnisse zu schaffen. — Masbaum erhält das Schlusswort

Hg. Schmidt (Soz.):

Nach Ansicht der bürgerlichen Redner werden gegenwärtig in kapitalistischen Kreisen keine großen Verdienste erzielt, kann der landwirtschaftliche Preis keine weitere Belastung ertragen, kann weiter nichts getan werden, um das Sinken der Mark aufzuhalten, die Preisentwicklung zu stoppen und die Lohnfrage befriedigend zu lösen. Das ist ein Ergebnis, mit dem wir und die Arbeiterschaft nicht zufrieden sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Als die Maßnahmen zur Stärkung der Mark eingeleitet wurden, ging ein Gefühl der Enttäuschung durch die Massen, weil damit unmittelbar erreicht wurde, daß die Preise nicht mehr im bisherigen Umfang stiegen, eine gewisse Festigkeit erreichten und bei einzelnen Produkten sogar sanken. Der neue Umwälzung an der Wende hat uns wieder fast täglich Preissteigerungen gebracht.

Erörterung entsteht in allen den Kreisen,

die nicht die Möglichkeit haben, sich einzudecken und dadurch vor weiteren Preissteigerungen zu schützen, die vollständig schloß dieser wirtschaftlichen Unbill preisgebeugt sind! Ich teile nicht die Auffassung, daß wir bei einem Dollarkurs von 20 000 Mark nicht mehr mit dem Ausland konkurrieren können. Gewiß haben wir eine Epoche steigender wirtschaftlicher Prosperität und Sinken der Mark erlebt. Aber bei diesem gewaltigen Anstieg der Dollarsteigerung erleben wir eine böllige Zerrüttung der Kaufkraft der breiten Massen. Wir dröhnen die Konkurrenzfähigkeit! Die Folgen dieser steigenden Entwertung der Mark sind Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung und Arbeitslosigkeit. Deshalb sind wir der Meinung, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie wäre auch unter einem Dollarkurs von 20 000 Mark aufrechtzuerhalten gewesen.

Die Preise in der Industrie sind unbefriedigt

und die Bilanzan untrer Geschäftsjahre sind ein Beweis dafür, daß wir in der Preisbildung weit über das zulässige Maß gegangen sind. Von der rechten Seite wird behauptet, alles, was wir kritisch vorbringen, sei die Folge der sozialistischen Wirtschaftspolitik, die von den bisherigen Kabineten befolgt worden ist. Dies ist aber eine Politik, die meiner Ansicht nach, soweit wir daran beteiligt sind, sich in gemeinsamer Arbeit mit den bürgerlichen Parteien vollziehen hat. Weder wir noch die bürgerlichen Parteien brauchen sich dieser wirtschaftspolitischen Tätigkeit zu schämen, soweit die Sozialdemokratie davon teilgenommen hat. Als der Krieg zu Ende war, mußten wir zehn Millionen Arbeiter wieder in Arbeit bringen und die Industrie zur Friedensarbeit umstellen. Außerdem galt es, dafür zu sorgen, daß wenigstens das unbedingt Nötigste zur Ernährung des Volkes herbeigeschaffen wurde. Diese Aufgabe haben wir

gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien

schnell und auf geldf. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Abgeordneter Riebert sagte über die Vermögensfrage des Mittelstandes und rebete von der Berufszerschlagung. Diese Berufszerschlagung kehrt aber selber bei einigen Leuten erst dann ein, wenn die Lohne Roggen 2 Millionen Mark kostet. (Sehr richtige Zustimmung links.) Auf der Grundlage einer solchen Berufszerschlagung können wir keine Wirtschaftspolitik treiben. (Sehr richtige Zustimmung links.) Das ist Ausraubung der großen Masse! (Sehr richtig! links.) Wenn wir Ihre (nach rechts) Wirtschaftspolitik weiter betreiben hätten, dann hätten unsere Landarbeiter auch heute noch die Grundbesitzer. Sie haben es mit Ihrer Wirtschaftspolitik dahin gebracht, daß wir jährlich 400 000 ausländischer Arbeiter ins Land herangezogen haben. (Sehr wahr! links.) Die deutschen Arbeiter im Osten haben Sie von den Gütern in die Städte gejagt, weil Sie ihnen weder den notwendigen Lohn noch eine menschenwürdige Wohnstätte gaben. Sie haben die Germanisierungspolitik im Osten betrieben und

Gundertausende von Slawen ins deutsche Land herangezogen, weil sie billigere und willigere Arbeitskräfte waren. (Sehr richtig! links.) Mit dieser deutschnationalen Politik können Sie wirtschaftlich nicht prunzen. Sie haben sich gegen die Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern aufgeschlossen, die Kanalbauern, die Elektrifizierung der Eisenbahn und die Ausnutzung der Wasserkraft verbündet. Was Sie versäumt und sabotiert haben, müssen wir heute nachholen! (Sehr richtige Zustimmung links.) Es ist hier viel über die Vorzüge der freien Wirtschaft geredet worden, aber niemand hat gesagt, wie man die Opfer dieser freien Wirtschaft unterstützen soll. Für uns ist die freie Wirtschaft und die Zwangswirtschaft keine Glaubenssache. Der Getreidepreis wird ebenso wie der Fleischpreis nur durch die Konjunktur in die Höhe getrieben. Die Anpassung an die Weltmarktpreise ist nicht nötig, weil wir heute

zu Unrecht an Löhnen sparen,

weil wir ein Opfer von der Arbeiterschaft verlangen, während auf der anderen Seite jedes Verdienst für dieses Opfer fehlt und Sie (nach rechts) nur immer wieder auf sie neuen fügen. Wir müssen die Konjunktur ausnützen, wir verzichten nicht auf unsern Profit. Das steht bei Ihnen an erster Stelle, während wir sagen: Das Allgemeineinteresse muß an erster Stelle stehen. (Sehr richtig! links!) Man behauptet, die Landwirtschaft könne keine weiteren Lasten tragen. Ein Beispiel: Für das Abschleppungsgeld wurde in den letzten Monaten 685 000 Mark pro Tonne bezahlt, während es im freien Handel 2 Millionen Mark kostet. An jeder im freien Handel verkauften Tonne Getreide erbringt die Landwirtschaft also gegenüber dem Abfertigungsgeld 1 315 000 Mark. Wenn diese Marktlage aufrecht erhalten wird, und wenn man berücksichtiglich, daß die Landwirtschaft in diesem Jahre 2,1 Millionen Tonnen Weizengetreide abgefertigt hat, damit wird sie im nächsten Jahre allein aus der Differenz

einen Gewinn von 2,7 Billionen Mark,

oder bei einem Dollarkurs von 80 000 = 138 Millionen Goldmark erlangen. (Hört, hört! links.) „Möhlerweie“ wollen die Herren dafür auch 200 Millionen zur Reparation beitragen. Ueber die Wirkung unserer Steuererhöhung auf die Landwirtschaft hat neulich ein Abgeordneter in der hiesigen Kammer einige Ausführungen gemacht, die ergaben, daß der Bäcker sein Vermögen von 304 bis zu 750 Morgen, das er beherrschet, veräußert und keine Einkommensteuer bezahlt, während dieselbe Steuererhöhung bei einem Vermögen von 70 Morgen ein Einkommen von 73 000 Mark errechnet und den Besitzer oder Pächter mit 7500 Mark Steuern belastet. Der große Reicher ist also frei, während der einfache Landarbeiter seine Steuern zu zahlen hat. (Sehr, hört, hört! links.) Dieser Zustand ist unhaltbar und kann unmöglich aufrechterhalten werden. Wer holtens nichts davon, zur Besserung der Verhältnisse Gehörstärker einzuwirken und haben mit Genehmigung davon Kenntnis genommen. das

der kommunistische Redner

von den Krawallen der letzten Tage abgerückt ist. Die Hilfeleistung der Industrie in der Reparationsfrage hat die Unzufriedenheit in unrer Volks nur geschürt. Haben die Arbeiter für ihre Mitwirkung im Ruhrkampf, für die Opfer, die sie brachten, Forderungen gestellt? Sie haben nur gefordert, Sorge dafür zu tragen, daß sie nicht zugrunde gehen. An dieser Genügsamkeit sollte sich die Industrie ein Beispiel nehmen. Was durch die Forderungen für die Goldmark die Erhöhung unserer Lebensverhältnisse geboten worden ist, ist viel zu wenig und hat im Ausland den Eindruck erweckt, daß selbst wir kein Vertrauen zu uns selbst haben. Der Hochverratsprozeß der Augenblicklich in Rindben verhandelt wird, und in dem maßgebende und einflußreiche politische Persönlichkeiten betwickelt sind,

verzögert das Mißtrauen des Volkes

von Tag zu Tag. Die wirtschaftlichen Gegenstände tragen auch nicht dazu bei, Vertrauen zur deutschen Wirtschaft auszulösen. Es gibt leider immer noch Leute, die aus dem Sinken der Marktlänge Vorteile ziehen. Aus den tatsächlich vorhandenen wirtschaftlichen Erfordernissen ist der große Vertriebsbedarf nicht zu erklären; er wird künstlich aufgebunnt durch die Spekulation. Die Bedenken gegen die Goldmarken leide ich, aber wir werden doch prüfen müssen, ob es nicht eine Grundlage gibt, aus den mäßigen Verhältnissen herauszukommen. Von der Regierung fordern wir, daß sie dafür sorgt, daß den Angehörigen und Arbeitenden in Industrie, Handel und Landwirtschaft Löhne ge-

zahlt werden, die ein Auskommen ermöglichen. Wenn unser Volk immer wieder sieht, daß kapitalistische Interessen aus der Marktentwertung keinen Schaden haben, sondern daß sich die Preisentwicklung mit der Marktentwertung parallel bewegt, so fühlt es sich mit Recht zurückgesetzt, denn es ist nicht in der Ordnung, daß die Löhne heute

nur 40 bis 50 Prozent der Vorkriegszeit

betragen. Sie reden hin und her von den Substanzverlusten der deutschen Wirtschaft. Aber treiben wir nicht auch ein Stück Raubwirtschaft mit unser Arbeiterschaft, die auch eine volkswirtschaftliche Substanz, zwar nicht eine tote, aber eine lebende noch ungenutzte Wert ist? (Sehr richtig! links.) Und ist es nicht eine Raubwirtschaft, daß unser Volk nicht genügend ernährt wird, daß die Kinder krank, gehrechlisch sind und geistig zurückbleiben? Diese trüben Ausichten für die Zukunft beschließen uns, eingehend die Frage zu prüfen, ob nicht ein automatischer Wertmesser zu finden ist, der die Löhne an die Entwertung der Mark und die Preisentwicklung anpaßt. (Sehr richtig! links.) Herr Dernburg hat gesagt, die Produktion sei um 50 Prozent zurückgegangen. Das ist weit übertrieben! Bei der Steinfabrik im Ruhrgebiet haben wir im Jahre 1922 gegen 1913 einen Rückgang von 15 Prozent. Es fragt sich, welche Betriebsbedingungen dort rückständig geblieben sind, die die Erklärung für den Rückgang der Produktion geben. Und dann sage ich offen: so wie es vor dem Kriege der Fall war, konnte mit den Arbeitskräften im deutschen Bergbau nicht weiter gewirtschaftet werden. Mit 40 Jahren werden diese Leute

als verbrauchte Menschen auf die Schutthalben

geworfen. (Sehr richtig! links.) Bei der Braunkohle haben wir in demselben Zeitraum ein Plus in der Produktion von 57 Prozent. (Hört, hört! links.) Im Kalibergbau haben wir eine Zunahme der Absatzzahl von 1,9 Millionen Doppelzentnern gegenüber im Jahre 1913. Auch beim Aluminium ist eine erhebliche Zunahme der Produktion zu verzeichnen. Für eine ganze Reihe von Industrien ist es natürlich auch sehr schwer, das verlorene Absatzgebiet nach dem Ausland wiederzugewinnen. Man glaubt, wenn wir billig liefern, könnten wir den Markt wieder erobern; das ist falsch, denn der Krieg hat uns nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt die Konkurrenzfähigkeit, die wirtschaftlichen Grundlagen brennt. Ich sehe also für die kommende Zeit nach den Erklärungen der Regierung und der Parteien kein Ausschalten des weiteren Verfalls der Mark, weitere Bedrangnis aller Erwerbschichten, die bis ins Inneren wirtschaftlicher Uebelstände nicht begnügen. Noch weniger sollte er sie beschönigen. Es gilt den Kampf gegen diese Mißstände aufzunehmen! (Lebhafte Weisfall h. d. Soz.)

Damit ist die Interpellationsdebatte beendet. — Ein von den Kommunisten eingebrachter Mißtranzensantrag gegen die Regierung Cuno wird gegen 5 kommunistische Stimmen abgelehnt. — Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 8 Uhr.

Unerträglich — verzweifelt — katastrophal.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Sonnabend erneut mit der hohen Politik. Die Deutschnationalen hatten eine Anfrage über den Kampf um die Erhaltung des deutschen Sprachverkehrs in Schleswig eingebracht, die sich vor allem gegen die dänischen Bestrebungen wandte, mit Hilfe ihrer Propaganda in deutschen Gebieten die dänischen Bevölkerung zu werben, die auf die minderbemittelten Elemente ihre Wirkung nicht verzeht hat.

Ministerpräsident Braun verwehrte sich entschieden dagegen, den Kreis der dänisch sprechenden Minorität künstlich und den wirklichen Verhältnissen schroff widersprechend dadurch zu vergrößern, daß sie auch Kinder rein deutscher Eltern für ihre dänischen Schulen und somit für die Erziehung in dänischer Sprache zu gewinnen versuchen. Dauernd werde bei den Neuanmeldungen für die dänischen Schulen ein großer Prozentsatz von Kindern festgestellt, die kein Wort Dänisch können. Solche Kinder in Schulen mit dänischer Unterrichtsprache zu unterrichten, heiße sie geistig verkrüppeln. Nebenher gehe das Bestreben auch wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen. Insbesondere habe der Erwerb dänischer Grund und Bodens durch die Dänen stark zugenommen. Allein in Hensburg seien in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1922 340 Grundstücke in dänische Hand übergegangen.

Wörtlich erklärte Ministerpräsident Braun dann: „Es ist in unserer Lage nicht leicht, dem entgegenzuwirken, aber wir müssen jede Achtung als selbständige Kulturnation verlieren, wenn wir uns gegen diese dänische Durchdringung deutscher Gebiete nicht wehren wollen. Wir haben gegen Dänemark als Volk und Staat nicht den mindesten Groll und wünschen mit ihm in Freundschaft und Frieden zu leben. Aber wir verlangen gerade im Interesse eines guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen den beiden Völkern, daß die verantwortlichen Stellen in Dänemark den unerträglichsten chaunistischen Kreisen, die auf dem besten Wege sind, unser gutes Einvernehmen zu föhren, das Gands wert legen.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung machte Abg. Richter (Neumünster, Soz.) auf die Gefahren aufmerksam, die sich aus der sich stets vergrößern Spanne zwischen Preisen und Löh-

Kleines Feuilleton.

Eröffnung der „Rugel“-Ausstellung.

Die „Ausstellung Raderburger Künstler“ ist ein langes Fest von einer anderen Art, die ungleich mehr Interesse verdient. Es handelt sich diesmal nicht um ein Kunstfest, eine mehr oder weniger zufällige Zusammenfassung von Gemälden, Skulpturen, Kunstgewerbe und Architektur, sondern um eine Leberzeit über ein bestimmtes und sehr zugängliches Schöpfungsgebiet. Diese Ausstellung, veranstaltet von der Kassa, aber in der Sache der „Rugel“-Künstler, ist ausschließlich Werke der Jungen und Jungen geblieben, ist Gegenstand, vollständig auch Inhaltlich. Bei den letzten Ausstellungen der Kassa-Künstler bis zu den Kunstausstellungen kommt hier alles zu Wort, was der Gedanken und Gefühlsregungen unserer Zeitgenossen, geistigen, geistlichen Gegenwart Ausdruck verliehen möchte. Diese neue Ausstellung hat mindestens den richtigen Ausgang, daß sie alles ausprägen, was nach und nach sich in der Vergangenheit angestrichen hat.

Das ist für eine Ausstellung wie Raderburg sehr ein ungewöhnliches Ereignis. Wir leben hier in einer Atmosphäre kulturreicher Zughängigkeit, die aus dem Raum und in einem Festern, einem aus der Kollmann, Kavalen einmal gekannt wird. Wir sind aus an Kunstwerken, Kassen, Kunstgewerbe, die neue Ziele mit jeder Bewegung betonen. Die „Rugel“ nach den Ausstellungen, der letzten Ausstellungen der Kassa-Künstler bis zu den Kunstausstellungen kommt hier alles zu Wort, was der Gedanken und Gefühlsregungen unserer Zeitgenossen, geistigen, geistlichen Gegenwart Ausdruck verliehen möchte. Diese neue Ausstellung hat mindestens den richtigen Ausgang, daß sie alles ausprägen, was nach und nach sich in der Vergangenheit angestrichen hat.

Das ist für eine Ausstellung wie Raderburg sehr ein ungewöhnliches Ereignis. Wir leben hier in einer Atmosphäre kulturreicher Zughängigkeit, die aus dem Raum und in einem Festern, einem aus der Kollmann, Kavalen einmal gekannt wird. Wir sind aus an Kunstwerken, Kassen, Kunstgewerbe, die neue Ziele mit jeder Bewegung betonen. Die „Rugel“ nach den Ausstellungen, der letzten Ausstellungen der Kassa-Künstler bis zu den Kunstausstellungen kommt hier alles zu Wort, was der Gedanken und Gefühlsregungen unserer Zeitgenossen, geistigen, geistlichen Gegenwart Ausdruck verliehen möchte. Diese neue Ausstellung hat mindestens den richtigen Ausgang, daß sie alles ausprägen, was nach und nach sich in der Vergangenheit angestrichen hat.

heranzuziehen. An den Künstlern ist ja auch zu lesen, daß nicht nur die bildenden Künste, sondern auch Literatur, Musik und Theater vertreten sein sollen. Es scheint demnach so etwas wie eine umfassende Propaganda des neuen Kunstwollens geplant zu sein. Auch das ist lobenswert und notwendig. Herr Dippner gab uns jedenfalls einmal ein Geschmauschen von der neuen Musik. Die „Natur-Trilogie“ von Hiesigen warde nicht sehr originell, aber über der Markh von Hindemith, dem völkergemäßen Komponisten, dessen „Kammermusik“, von Schumann für ein Theaterkonzert vorgesehen, von unserer Orchester abgelehnt worden ist. Er wird sich auf andere Weise durchsetzen haben. Geringfügiger als Hindemith, aber einer Reife und dabei doch neu in der Ausdrucksform, erschien der Vater der weltföhligen Komödie, Arnold Schönberg, auch er ein Arbeiterman in unsern Kreisen.

Es ist nicht endlich doch ein neuer Tag anbrechen auch in Raderburg?

Die Schicksale einer Stadt.

Die Kataklyben, die in den Ruinen vergangener Kulturen und Schicksale zu sehen sind, sind nach der langen Pause des Krieges in vielen Teilen der Welt geschehen. In Ägypten ist ein großer Tempelkonnoschapel aus Licht gebannt; auf der Stätte des alten Ur Ägypten von den Dämonen der Wüstener nach, und eine eifrige Tätigkeit entfaltet sich eben in Jerusalem und in den Städten der alten Welt wie auch bei den Inseln des Stillen Ozeans oder im jüdischen Territorium. Was das hat man sich in letzter Zeit auch mit den Ruinen von Karthago beschäftigt.

Die Verhältnisse liegen hier sehr eigenartig. Die Ruine hat sich ja seit Jahrhunderten seit dem Tode, da die Römer ihren gefährlichen Nebenbuhler beseitigten. Das Meer hat die Ruinen der Karthago überflutet, die die Kartagen einer gegen die Angriffe der Römer erobert hatten. Einige von diesen allfährlichen Konnoschapel kann man noch sehen, denn man kommt in der großen Wüste Karthago, die die Ruine umgibt. Genauere Beobachtungen über hat das Programm gemacht, das hier wohl zum erstenmal in den Dienst der Kunstgeschichte gestellt wurde. Zudem man über der Ruine eine an den Ruinen entlang fließ, konnte der Verlauf der allfährlichen Seemannen an über 11 Kilometer hin festgestellt werden, und man hat völkergemäße Konnoschapel von diesen zarter Wäpfer umgeben Ruine gemacht. Von den Untersuchungen an der Stätte des alten Karthago sind diese Untersuchungen zu erwarten. Soll man läßt sich

in der Weltgeschichte ein zweiter Fall nachweisen, bei dem eine Stadt so von Grund auf zerstört wurde, wie Karthago durch die Römer. Wenn auch nicht, wie die römischen Schriftsteller erzählen, der Pfug über das mehr als 90 Quadratkilometer umfassende karthagische Gebiet geführt wurde, so blieb doch von den Gebäuden nichts übrig. 17 Tage lang wütheten die Römer mit Feuer, bis tatsächlich kaum noch ein Stein auf dem andern geblieben war. Später erbauten sie eine Stadt an derselben Stelle, nach ihnen fielen sich die Vandalen an, dann die Griechen, danach die Araber und andre Völker. Alle diese haben Steine der alten Karthago zum Aufbau ihrer Häuser verwendet, und die Ruine, die die Stätte der punischen Hauptstadt wissenschaftlich durchforschten wollten, mußten die verschiedensten Schichten aufeinanderfolgender Kulturen aufdecken. Diese Arbeit aber dürfte, wenn sie auch keine hervorragenden künstlerischen Funde liefert, für die Weltgeschichte von hohem Werte sein, denn wir wissen noch wenig von diesem führen und zählen Volke der Punier, das zwar vor der Eroberung durch einen grimmigen Gegner weggesagt wurde, das aber in der Entwicklung des Weltverkehrs die größte Rolle gespielt hat und geniale Söhne sein eigen nannte.

Theaterchronik. Der unerträglich Ray Reinhardt wird das von ihm gepachtete neue Theater am Kurfürstendamm in Berlin seinen andern Bühnen angliedern und durch seine Gesellschaft unter Leitung von Felix Hollaender führen lassen. Er scheint also den Weg nach Berlin wiederzufinden zu wollen, nachdem er ihm größtenteils den Rücken gekehrt hatte. — Die Große Volkssoper in Berlin hat Handels „Gaejar“ mit durchschlagendem Erfolg aufgeführt.

Bildende Kunst. Auch in diesem Jahre wird Potsdam seinen „Kunstsommer“ im Orangeriegebäude des Parks von Sanssouci haben. Es soll in der Ausstellung ein Ueberblick der Porzellan- und Glasmalerei gezeigt werden. Mit der Ausstellung wird eine Werkstätte verbunden sein, die dem Ausstellungsbesuchern Gelegenheit gibt, die Technik dieser angewandten Künste kennenzulernen. Die Anregung zu der diesjährigen Ausstellung ist unmittelbar vom Unterrichtsministerium ausgegangen.

Literatur. Der Redakteur des in Milwaukee in Amerika erscheinenden „Nordsterns“, Heinrich Bartel, brackte eine Notiz über die Spende der Schöneberger Liedertafel für Arno Goltz nach und forderte zur Nachzahlung auf. Seine Sammlung betrug 176,50 Dollar ergeben.

nen ergebe. Die Lage der holländischen Arbeiter sei unzureichend, die der Kurzarbeiter bergweiligt und die der Erwerbslosen katastrophal. Ein Eingreifen der Staats- und Reichsregierung sei nötig, wenn schwere Erschütterungen vermieden werden sollen. Es sei bezeichnend, wenn die Textilindustrie trotz größten Bedarfs 66 Prozent und die Lederindustrie 40 Prozent Kurzarbeiter habe.

Es folgen Ausführungen der Abg. Boenars (Str.), Frau Voigt (St. Vp.) und Graef (Inflam. dt-natl.), der im Namen seiner Partei ein neues Mißtrauensvotum gegen Regierung einbringt.

Hierauf nimmt Ministerpräsident Braun nochmals das Wort, um festzustellen, daß die Staatsregierung alles tun werde, um die Notlage der Bevölkerung zu mildern. Mit der Polizei allein könne man die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen, vielmehr müsse ein Ausgleich zwischen den Löhnen geschaffen werden, der im Verhältnis zur Preissteigerung stehe.

Wie sie feilschen.

Als die bürgerlichen Parteien des Reichstags im April dem Drängen der Agrarier endgültig nachgaben und die Aufhebung der Getreidewirtschaft für das neue Wirtschaftsjahr beschlossen, veranlaßte sie ihr schlechtes Gewissen doch, gleichzeitig der Reichsregierung folgenden Antrag zu unterbreiten:

Eine Verbilligung des Brotes für Kinder, Hemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Kriegsoffer, Kleinrentner, Erwerbslosen, Armengeempfänger und der Kinderreichen zu rechnen ist, ist unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Belastung des Reiches im weitestem Umfang zu bewirken. Diese Belastung muß vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres gesetzlich festgelegt sein. Vorher darf die Reichsgetreidestelle nicht aufgehoben werden.

Daraufhin hat jetzt die Reichsregierung dem Reichstag den „Gesetzentwurf zur Sicherung der Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr“ zugehen lassen, um den zurzeit im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags ein harter Kampf tobt. Denn wenn ein bürgerlicher Antrag, „Belastung des Reiches im weitestem Umfang“ spricht, so ist für uns Sozialdemokraten von vornherein größtes Mißtrauen geboten, weil wir diese Art der Spiegelfechtereien zur Genüge kennen.

Schon der Gesetzentwurf der Regierung Cuno schränkt den „weitestem Umfang“ der Beschlastung dadurch wesentlich ein, daß die Verbilligung nicht mehr für „Minderbemittelte“ vorgesehen wird, sondern auf „Bedürftige“ beschränkt und die Erwerbslosen vollkommen ausschaltet. Nimmt man mit dem Reichsernährungsministerium die Zahl der Rentner- und Armenunterstützungsempfänger um, die auf verbilligtes Brot Anspruch erheben können, im ganzen Reich mit 7 200 000 an, so wären für eine Verbilligung des Brotes um zwei Fünftel ein jährlicher Betrag von 90 Millionen Goldmark erforderlich, also zurzeit mindestens 1800 Milliarden Papiermark.

Vor dieser, durch den Beschlastungsaufbringenden Summe graut den bürgerlichen Parteien, also jetzt im Volkswirtschaftlichen Ausschuß ein wütendes Feilschen ein, sowohl um die Höhe wie um die Art der Aufbringung dieser Summe. Zur Grundlage soll die Zwangsanleihe gemacht werden. Ihr Aufkommen wird auf 200 bis 350 Milliarden Papiermark geschätzt. Aber da bei der neuen Erhebung der städtische Hausbesitz, die Besitzer festverzinslicher Wertpapiere und andre durch die Geldentwertung besonders geschädigte Kreise nicht herangezogen werden sollen, bleibt nur ein Betrag von 200 bis 250 Milliarden.

Dennoch glauben die bürgerlichen Parteien mit einer Vierfachung auszukommen, womit im günstigsten Falle 1000 Milliarden eingingen; also nur rund die Hälfte dessen, was die Brotverbilligung beansprucht. Will man also nicht den Kreis der Bedürftigen noch mehr einschränken oder die Ermäßigung lächerlich gering gestalten und damit die Krüppel, Greise, Witwen und Armengeempfänger dem Schicksal völligen Hungerns überlassen, so muß man die früheren Beträge der Zwangsanleihe verzeichnen. Die Summe von 2000 bis 2500 Milliarden, die dann aufkommt, würde auch nur für den Fall ausreichen, daß die Entwertung der Mark keine weiteren Fortschritte mehr macht.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien zeigt genau daselbe Bild, wie seinerzeit bei der Zwangsanleihe. Grob-spurig verbrauchte man damals eine Goldmilliarde und leistete sich den größten Steuerbetrug des Reiches, indem man kaum ein Sechstel dieser Goldmilliarde zahlte. Vor drei Monaten versprach die bürgerliche Mehrheit des Reichstags Verbilligung des Brotes durch Belastung des Reiches im weitestem Umfang. Jetzt, wo man dieses Versprechen einlösen soll, versucht man, sich wieder in der schamloseten Weise zu drücken.

Meldungen von der Ruhr.

Zwei französische Soldaten erschossen.

In Dortmund wurden zwei französische Offiziersaspiranten am Sonntagabend auf offener Straße erschossen. Die Täter sind unbekannt entkommen. Die französische Botschaft wurde von deutschen Zivilisten benachrichtigt. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

900 Familien im Not ausgewiesen.

Die Franzosen setzen ihren Kampf gegen die Eisenbahner unvermindert fort. Auch heute liegen wieder einige Meldungen darüber vor. Im ganzen sind im Monat Mai 900 Familien aus ihrer Heimat vertrieben worden, die den Besatzungsbehörden nicht zu Willen waren.

Militärgerichte auf Umwegen.

Die Militärgerichte sind aufgehoben, d. h. auch die Angehörigen der Wehrmacht werden von den ordentlichen Gerichten abgeurteilt. Diese Beseitigung eines sehr, sehr bedenklichen Sondergerichts gefällt manchen Leuten ganz und gar nicht und auf dem Umwege der Justizverwaltung wird versucht, möglichst viel Sonderrechte für das Militär herauszuholen.

In Magdeburg ist von der Staatsanwaltschaft ein besonderes Dezernat für alle die Fälle eingerichtet worden, an welchen Soldaten beteiligt sind. Die Gefahr einer solchen Maßnahme wird offenkundig durch die Person des Dezernenten: ausgerechnet Staatsanwaltschaftsrat Horn, ein entragierter Deutschnationaler, der weit über die Grenzen Magdeburgs hinaus bekannt wurde durch sein Auftreten in einem der vorjährigen Landfriedensbruchprozesse. Man kann sich vorstellen, was herauskommt, wenn dieser Staatsanwaltschaftsrat Stroffälle mit mehr oder minder starkem politischen Anstrich zu bearbeiten hat. Und in der Reichswehr gehören solche Fälle gewiß nicht zu den Ausnahmen.

Wir finden, es wäre im Interesse des Ansehens der Justiz, der Staatsautorität und nicht zuletzt im Interesse der Reichswehr selbst, wenn gerade in Fällen, welche die Reichswehr berühren, alles vermieden würde, was von vornherein Mißtrauen erregen muß.

Einheitliche Beurteilung.

Am Freitag fand eine Sitzung der Funktionäre, Betriebsobleute und des Ordnungsdienstes der V. E. P. D. Groß-Leipzig im Palmengarten statt. Sie hatte einen außerordentlich-starken Besuch aufzuweisen, so daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war und mancher mit einem Stechplatz für-sich rechnen mußte. Die vollständig einheitliche Beurteilung der Lage, der Vorgänge bei der Arbeitslosendemonstration und der daraus folgenden politischen Notwendigkeiten ergab sich aus der einstimmigen Annahme nachstehender Entschlüsse:

1. Die Funktionäre und Betriebsobleute der Vereinigten sozialdemokratischen Partei lehnen die im Flugblatt der kommunistischen Partei vom 7. Juni enthaltenen Forderungen, ebenso die Einsetzung eines interparteilichen Untersuchungsausschusses ab. Die Parteiorganisation ist die gegebene Untersuchungsinstante für die Beurteilung der Partei.

Die Funktionäre bedauern die Vorgänge der letzten Tage in Leipzig und ihren Ausgang. Sie sind sich bewußt, daß die wirtschaftliche Not der Arbeiterklasse durch solche Ausschreitungen und Exzesse nicht gelindert werden kann, sondern daß durch solche Vorgänge nur die Reaktion bekräftigt und der Einfluß der Arbeiter gedrohen wird. Sie sehen nur in dem geschlossenen Vorgehen und in der Stärkung der Partei und Gewerkschaften die Gewähr, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und zu stärken.

Aus diesen Erwägungen heraus billigen sie die Anordnungen des sozialdemokratischen Ordnungsdienstes und die maßvollen Anordnungen und Zurückhaltung der staatlichen Ordnungsgewalt, insbesondere billigen sie die Anordnungen des Polizeipräsidenten Genossen Fleischer.

2. Die Erfahrungen am Mittwoch den 6. Juni 1923 haben gelehrt, daß der Beschluß der Kreisgeneralsammlung Groß-Leipzig am 29. April 1923, einen gemeinschaftlichen Selbstschutz und Aufgebot in den Betrieben, mit den Kommunisten abzulehnen, richtig war.

Die Funktionäre und Betriebsobleute der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Groß-Leipzig erklären, daß an diesem Beschluß festgehalten werden muß.

Dollar Unitliche Notiz vom Sonnabend 84000 Montag mittag zierfa 81000 Mark

Eduard David 60 Jahre.

Am 11. Juni vollendet Genosse Dr. David sein 60. Lebensjahr. Es versteht sich wohl, anläßlich dieses Tages der Persönlichkeit Davids und seiner Lebensarbeit, die dem Dienste des werktätigen Volkes gewidmet war und noch ist, ehrend zu gedenken. David ist eine abgeklärte Führerpersönlichkeit und als solche auch bei Freund und Feind anerkannt. In unserer Partei stand und steht er im vordersten Treffen als kühner, temperamentsvoller, zielstarrer und begeisterungserfüllter Führer im Kampfe um die hohen Ideale der Sozialdemokratie.

Eduard David hat Germanistik und Geschichte studiert und ist nach abgelegtem Staatsexamen als Lehramtsassistent am Gymnasium in Gießen berufen worden. Durch Studium von Marx' und Lassalles Schriften kam er zu sozialistischen Anschauungen. Mehr und mehr nahm er nun an der sozialdemokratischen Bewegung Anteil. 1898 rief er in Gießen die „Mitteldeutsche Sonnabendzeitung“ ins Leben, die der Pioneer für diesozialistische Idee in dem damals industriell zurückgebliebenen Oberhessen wurde.

Als David auf Anfrage des Schulministeriums sich zur Sozialdemokratie bekannte, verfügten die hohen Herren in Darmstadt 1894 kurzweg seine Streichung aus der Liste der hiesigen Lehramtsassistenten. Man konnte er sich ungehindert der Betätigung seiner politischen Überzeugung widmen. Die Sozialdemokratische Partei hat den größten Nutzen davon gehabt.

Im Jahre 1895 wurde David dann an die „Mainzer Volkszeitung“ berufen, die er zwei Jahre lang redigierte, Kräftigung und Drang veranlaßten ihn, sich von da an der freien Schriftstellerei zuzuwenden. 1896 trat David als Vertreter von Mainz in die hessische Kammer. Bis 1908 gehörte er der Zweiten Kammer an. Mittlerweile (1908) war er nach stürmischem Kampfe gegen das Zentrum in Mainz zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Von da an gehörte er dem Reichstag ununterbrochen an.

Als das kaiserliche Deutschland im Ausgange des Weltkriegs in allen Fugen krachte, berief der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden am 1. Oktober 1918 David als Unterstaatssekretär in das Auswärtige Amt. Die verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar wählte am 7. Februar 1919 David zu ihrem ersten Präsidenten, aber schon in der folgenden Woche wurde er in die Reichsregierung als Reichsminister ohne Portefeuille berufen. Auch den Kabinetten Müller und Bauer

gehörte David als Minister, dem letzteren als Reichsminister des Innern an. Im vorigen Jahre wurde David die Reichsvertretung in Darmstadt übertragen.

In der wissenschaftlichen Welt hat sich David einen Ruf erworben mit seinem Werke „Sozialismus und Nationalismus“, das als Frucht langjähriger landwirtschaftlicher Studien zuerst 1907 erschienen und im vorigen Jahre neu bearbeitet und erweitert wurde. Neben seinem „Referentenführer“ (1907) hat David der politischen Praxis auch einen Kommentar „Die Stützungsfrage“ (1921) beifügt.

Möge Eduard David weiter für die Partei und das Volk wirken und schaffen.

Militärputsch in Bulgarien.

Die bisherige bulgarische Regierung ist in der Nacht zum Sonnabend, wie erst spät bekannt wurde, gestürzt worden. Der „Adm. Jg.“ wird darüber berichtet:

In der Nacht besetzte bulgarisches Militär Sofia, entfesselte ohne Blutvergießen die Polizei und nahm die Gesamregierung fest. Der in der Provinz weilende bisherige Ministerpräsident Stambolinski soll auch verhaftet worden sein. Eine neue Regierung wurde als Koalitions-kabinet unter Professor Jenzow gebildet. Innenminister wurde General Ruseff. Weiter sind fünf Bürgerliche und ein Sozialist ins Kabinet eingetreten. Ganz Bulgarien ist in den Händen des Militärs. Der König Boris erkannte die neue Regierung an. Das Kabinet Stambolinski soll unter Anklage gestellt werden.

Es folgt noch die übliche Meldung, daß das ganze Land ruhig sei. Wie lange die Ruhe der Ueberwachten dauern wird, ist eine andre Frage.

Die bisherige Regierung Stambolinski stützte sich auf die Bauern, die zahlreichste Berufsklasse des Landes. Sie hatte bei den letzten Wahlen — allerdings nach einer Abänderung des Wahlgesezes — vor kurzer Zeit eine erdrückende Mehrheit im Parlament erreicht: von 246 Sitzen erhielt die Regierungspartei nicht weniger als 215. Die ganze bürgerliche Opposition mußte sich mit 13 Mandaten begnügen. Die Sozialisten erhielten ganze zwei und die Kommunisten 16 Mandate.

Nun hat eine militärische Gegenbewegung — man darf annehmen, mit geheimer Zustimmung des Königs — der ganzen Parlamentsherrschaft ein Ende gemacht. Die aktiven und Reserve-offiziere haben im Bunde mit den bürgerlichen Intellektuellen die Macht an sich gerissen. In der neuen Regierung soll auch ein Sozialist sitzen.

Gegen jede Erhebung, die von Offizieren geleitet wird, muß man mißtrauisch sein. Wir wollen daher erst nähere Nachrichten abwarten, bevor wir ein Urteil fällen. Einstweilen scheint uns der Streich von Sofia nichts weiter als ein gelungener Kapp-Putsch zu sein. Dann wäre es unverständlich, wenn ein Sozialist ihm seine Unterstützung gewähren würde. Es scheinen also tiefere Gründe vorzuliegen, deren Offenlegung erst eine klare Stellungnahme ermöglichen dürfte.

Sicherlich wird die Verwicklung des Balkans, um die die Mächte sich in Lausanne seit Monaten bemühen, durch das bulgarische Ereignis stark beeinträchtigt werden.

Notizen.

Neue Verhandlungen über Gehälter und Löhne. Am Sonnabend traten die Arbeitsorganisationen der Beamtengeverkschaften zur Besprechung einer neu einzuleitenden Gehalts- und Lohnbewegung zusammen. Es wurde beschlossen, am Montag im Reichsfinanzministerium zwecks Festlegung eines Termins zur Neuregelung der Gehälter und Löhne vorzutreten.

Der Selbstmord des Verschwörers. Die bayrische Regierung hat die gerichtliche Oeffnung der Leiche des Machhaus veranlaßt. Dabei wurde, wie amtlich bekanntgegeben wird, in einer jeden Zweifels auschließenden Weise festgestellt, daß der Tod durch Selbstmord eingetreten ist.

Die Debrückschächte. Die ober-schlesische Grenzkommission hat trotz aller politischen Bemühungen auf Grund eines neutralen Sachverständigen Gutachtens beschlossen, die Debrückschächte endgültig Deutschland zurückzugeben. Damit hat eine Frage ihre Regelung gefunden, die im letzten Jahre einer unerquicklichen Agitation auf deutscher wie auf polnischer Seite Anlaß gegeben hat. Außer dem Kommissar Deutschlands stimmten der italienische und englische Vertreter für den Verbleib bei Deutschland.

Depechen.

Fünf Zivilisten erschossen.

Ab. Dortmund, 11. Juni. Wegen Erschießung zweier Adjutanten der französischen Besatzung in der letzten Nacht wurde der stellvertretende Polizeipräsident Martinus und der stellvertretende Oberbürgermeister Glimme verhaftet. — Im Laufe des gestrigen Abends und in der Nacht wurden in Dortmund fünf Zivilpersonen erschossen, eine schwer verletzt. Die Truppen im Stadtkreis wurden verstärkt. Ein Maschinengewehr und etwa 100 Mann besetzten das Stadthaus. Am Süwall steht starke französische Kavallerie. Die Zahl der Verhafteten soll hundert übersteigen. (Siehe unter Ruhr. Red.)

500 Millionen Strafe.

Ab. Münster, 11. Juni. Die Gemeinde Bins wurde anlässlich der Anlang Mai verurteilt wegen der Eisenbahn mit einer Geldstrafe von 500 Millionen Mark belegt für deren Bezahlung der in Hattlingen inhaftierte Amtmann Mittel haftet.

Entlassene französische Flieger.

Ab. Münster, 11. Juni. Die Franzosen, die vor einigen Tagen in einem französischen Kriegsflogzeug in der Nähe von Unna eine Kollision vornahm, wurden am 7. Juni in das besetzte Gebiet entlassen.

Der Nordpolflug.

Ab. Christiania, 10. Juni. Aus Adentshavn auf Spitzbergen erfährt das norwegische Telegr. Bureau: Der Kohlendampfer Flint mit der Unterstützungsexpedition für Nordwärts Nordpolflug und das Marinefahrzeug Fram sind gestern hier eingetroffen. Die Flugzeuge liegen jetzt langsam der Flint. Es werden die nötigen Vorbereitungen zum Flug gegen Nordn getrieben. Ein Dampfer wird die Flugzeuge nördlichwärts nach der Kingsbay bringen und von dort möglicherweise nach den Danen-inn, wo eine Basis eingerichtet werden soll.

Das Geheimnis des Haarwuchses

eine Offenbarung wissenschaftlicher Forschung.

75 000 Haare trägt durchschnittlich die Kopfhaut des Menschen, von denen jedes etwa 0,2 mm täglich wächst. Jeder Mensch produziert also jeden Tag etwa 15 m Haar. Dieses Naturwunder schafft nicht nur die allerhöchste Pflanze, sondern auch einen sehr wertvollen Schutz für das Gehirn. Normalerweise bleibt diese ungeheure Wachstumsenergie und bis in das höchste Alter erhalten. Unnatürlich ist es, wenn sie, wie es heute beinahe Regel ist, sich schon vom 16. Lebensjahr an mindert. Vom Alter über 20 Jahren an wird die Minderung gewöhnlich erst bemerkt. Der ursprüngliche etwa meterlange Kopf des Wachsigen hat sich um die Hälfte verflüchtigt, und der Scheitel des jungen Herrn beginnt sich zu lichten.

Ohne richtige Haarpflege wird man haarlos. Ungeheuerlich wird in dieser Hinsicht aus Unkenntnis geurteilt. Die größten Feinde ihres Haarwachstums sind die sinnlos zusammengestellten Mittel, die Sie anwenden. „Zellenwachstumsanregung“ sollte nach Universitätslehrer Professor Dr. Hans Friedenthal das A und O aller Haarmittel sein, und er betont, daß ihm der von Dr. Weidner mit seinem Silbitrin eingeschlagene Weg der einzige zu sein scheint, der dieser Ermögung Rechnung trägt.

Der alte Glaube, daß eine veredelte Haarwurzel „tot“ sei, hat sich durch Dr. Weidners Silbitrin-Haarpflege im Laufe der Zeit als unrichtig erwiesen, da durch sie kahle Stellen wieder mit Haarwuchs bedeckt werden konnten. Gewiß ein Trost für die Anzahl derer, die von Haarausfall, spärlichem Haarwuchs und Glabe betroffen sind. Aber ebenso wichtig sind die Wege, die Dr. Weidner

Das Geheimnis des Haarwuchses

zeigt, wie man sein Haar naturgemäß zu pflegen hat, um Wachstumsenergie und Schönheit des Haares zu erhalten. Der Silbitrin-Vertrieb, G. m. b. H., Berlin SO8, Alexandrinenstr. 28, verwendet sich auf weiteres kostenlos und postfrei das höchst lehrreiche Buchlein „Das Geheimnis des Haarwuchses“ — eine Offenbarung wissenschaftlicher Forschung — nebst einer Probe der Silbitrin-Kur. Schreiben Sie sofort an genannte Adresse und benutzen Sie der Postexpedition halber den „Gratisbezugsschein“, den Sie als Druck-sache im offenen Kuvert, das mit Ihrer Absenderadresse versehen ist, einfinden.

Gratisbezugsschein: Für eine Silbitrinprobe und das Buchlein „Das Geheimnis des Haarwuchses“ — eine Offenbarung wissenschaftlicher Forschung.

Alfred Abel
Joh. Riemann
Maria Zelenka
Rosa Valetti
Mimi Grünwald
Fred Immler
Lina Lossen
Marg. Kupfer
Herm. Vallentin
Fritz Beckmann
Lu Orsani

Ballett der Staatsoper in

Die im Schatten gehen!...

Nach dem bekannten Sittenroman von Hedwig Hard.

Heinrich Peer in

Piraten der Schönheit

Spannender Kriminalfilm von Hochstapferei,
Liebe und schönen Frauen.

Beginn: Werktags 5 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Kammer-Lichtspiele



Infolge der enormen Preissteigerung ist ein großer Teil der Bevölkerung heute nicht mehr in der Lage, auch nur die nötigsten Anschaffungen zu machen. Um die größte Not einigermaßen abzuwehren zu helfen, haben wir uns entschlossen, vorübergehend Selbstzahlungen zuzulassen. — Wir führen wie immer

Deutsche Fürsorge

Ein- u. Verkaufsgesellschaft m. b. H. (Kommanditgesellschaft)
Zweigstelle Magdeburg
Hindenburgstr. 17 (Wilmstr.)
Verkauf an jedermann
Geschäftszeit v. 9 bis 1 u. 3 bis 6 Uhr.

Wahnsinnig hoch sind die Preise, die ich zahle.
Scharnier Union
Duble pro 525 Mt.
Gold-, Silber-,
Platin-Bruch,
kauft anerkannt höchstgaltend 751
Otto Lips,

Kleine Junckertstraße 10, 1 Treppe,
1 Minute vom Rathaus, am Johannisberg.
Fernsprecher 9357.

Luciano Albertini

hat in Gemeinschaft mit
Lyde Puffi
Trude Koffmann
Kermann Picha

einen Film geschaffen, der mit Recht seit Freitag das Tagesgespräch Magdeburgs bildet. Die Sensationen

Albertinis

sind schlechthin nicht mehr zu überbieten. Inhalt, Ausstattung und Photographie sind überwältigend :: ::

Die Schlucht des Todes

Albertinis bester Film!

Dary Holm
Carla Ferra
Ernst Rückert
spielen den zweiten prachtvollen Film

Die Rache des Marquis Dokama

Beginn: Werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Man besuche zunächst die Nachmittags-Vorstellung.

Panorama-Lichtspiele.

Sehen Sie sich diesen Film an



Sirup
4000,- pro Liter
Zitronen- naturlich
Kirschen- mit Kirsch-
Kirschen- saft gedunkelt
Johannisbeer-
Flaschen mitbringen
Anton Schiller
Kutschstraße 17.

Vogel-Gardinenhaus Wilhelmstadt.
Empfehle Gardinen aller Art sowie Stoffe und Zutaten zum Selbstanfertigen zu noch außerordentlich billigen Preisen.
Elfa Becker, Summermannstr. 5

Frauenhaar
Ich zahle die höchsten Preise! 1006
Georg Lässig, Jakobstraße 17, Eisesenzplager.

Mus den Jahren meines Grils!
Erinnerungen eines Sozialisten.
Von Eduard Bernstein.
Preis nur Mark 6000.—
Buchhandlung Volksstimme

HOZO
Cerec
Petschernoff
russ.-ukrainisches Tanz-Quartett
u. 7 weitere erstkl. Darbietungen
Kunst-Bühne Hohenzollern

St. 11. d. 11. 9 Uhr vorwärts, werden in Gersdorfs 1 auf dem Schmalplan und anschließend auf dem Grundplan Landwehrstraße 6 mehrere Posten angebotenerer Strohengeräte, z. B. eiserne Rechen und Drescheln, Säbe und andere mehr öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft.
Stätte des Finanzamts, R. G. 11. d. 11.

Homöop. Kranken-Behandlung
K. Altmann, Große Ringstraße 4, 1 St.
Gegen alle Krankheiten 533
Eröffnung 9-12-3-6 Uhr. Sonntag 11-1 Uhr.

Amliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.
Am 11. d. 11. 9 Uhr vorwärts, werden in Gersdorfs 1 auf dem Schmalplan und anschließend auf dem Grundplan Landwehrstraße 6 mehrere Posten angebotenerer Strohengeräte, z. B. eiserne Rechen und Drescheln, Säbe und andere mehr öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft.
Stätte des Finanzamts, R. G. 11. d. 11.

Gradvertrieb.
Mittwoch den 13. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, soll die Grundung von der Wier-Weber im Herrensträßchen an Ort und Stelle meistbietend gegen Barzahlung vergeben werden.
Aufsichtsrat vor dem alten Gefängnis-Sträßchen im Herrenstr.

Sie haben auch zur vorerwähnten Grundung eine Besichtigung mit guter Gelegenheit. Besichtigung nach Vereinbarung.
Groß-Steige, den 7. Juni 1923.
Der Magistrat.

Dr. Mabuse
(Rudolf Felix Rogge)
und seine Helfer
Zirkus-Lichtspiele
der Typ, das Abbild eines genialen Verbrechers
Der Chauffeur Georg (Hans A. v. Salletow)
Hawasch (Karl Huzjar) der Leiter der Münzwerkstatt
Spierri (Förster Larrinaga) der Schwächling und Kolonialist
Carla Carozza (Aud Egede Riffen) die Tänzerin aus dem Varieté
Fine (Grete Bergen) die Frau aus der Gasse
Der Staatsanwalt v. Went (B. Goegle) Mabuses zäher, unerbittlicher Gegner
Gräfin Dusch Gold (Gertrude Welder) die Frau, um die Went und Mabuse kämpfen
Graf Gold (Alfred Abel) defakent und nervös bis zur Erschlaffung
Hull (Paul Richter) der Millionärsohn und Freund der Carozza

Dr. Mabuse, der Spieler
Neue Kopie der Film der heutigen Zeit! Große Musik
Beginn: Werktags 6 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Zentral
7 1/4 Täglich 7 1/4
Die Bajadere
248 mit dem
Indischen Ballett
Yo Lario
3 1/4 Sonntag 7 1/4
Die Theaterkasse ist
ab 10 Uhr den ganzen
Tag geöffnet.

Stephanshallen
8 Solomunnen!
Zirkus-Maus!
Die spanische Fliege!

Herrenkrug
Heute Dienstag, ab 6 Uhr
1. großes Konzert
der Vereinigung der Beamten und
ehemalig. Militärmusiker (80 Musiker)
Leitung: Musikdirektor Greffau.

Werkzeuge, Maschinen, Motoren
Soll erst. Fahrrad
zu kaufen sein. Preis
betragen 5,12. 55
Ferngläser
Preis-angabe
M. L. L. L.
Schopenhauer 9. St. 622.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Magdeburg u. Umg.
Dienstags den 12. Juni, abends 5 Uhr, im
„Diamantbau“, Seifner Straße 14
Mitglieder-Versammlung.
Zugrunde: Bericht von der erneut aufgehob.
Ergänzungsarbeiten, Arbeitsangelegenheiten.
Jahresbericht des letzten Jahres.
Der Vorstand.

Die diesjährige Obftnutzung
der Gemeinde Bischof bei Berne. Abstammung
Ansehung, bestehend aus Äpfeln, Birnen, Pflaumen
und Kirschen, soll am Donnerstag den
28. Juni d. J., nachmittags 4 Uhr, im Schützen-
haus des Gemeindefestplatzes öffentlich meistbietend ver-
pachtet werden. Bedingungen werden im Ser-
min bekanntgegeben.
Bischof, den 7. Juni 1923.
Der Gemeindefestplatz. Brünning.

Madame Dubarry
der große Revolutionsfilm —
Reinhold Schünzel
Pola Negri, Emil Jannings
= Harry Liedtke =
Der Herr Papa
mit Despreux in der
Walhalla-Lichtspielen

Das schöne Mäd!
Aina, die Tochter des Friedhofswärters,
wird streng und kümmerlich erzogen.
Sie sehnt sich aber nach Lebenslust und
Liebe und lernt in einem Vorstadtblat
einen Studenten kennen. Der Onkel
des Studenten, ein Maler, nimmt sie
als Modell auf, und nun geht es nach
im Stadel des Lebens hinauf und hin-
unter, bis sie ihr verheißenes Leben klar
vor Augen sieht und lieber den Tod als
— dieses elende Schicksal wählt. —
Hauptrolle:
Hella Moja

Das Zugstück der Welt
Der Millionenraub auf dem Schiff
„Brioni“ aufgeklärt. Extrablätter
werden verteilt. Ganz Triest spricht
davon. Der Schuld Beweis des größten
Schauspielers Verelli scheint erbracht zu
sein. Die Detektive jubeln über ihren
Erfolg. Doch die dramatische Stimmung
schlägt in das Gegenteil um, als man
hört, daß der berühmte amerikanische
Theaterleiter Bames alles nur künstlich
inszeniert hat, um das größte Zugstück
der Welt zu haben.
Beginn:
5 Uhr
Hauptrolle:
Carl de Vogt

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Juni 1923.

Heraus mit den Kartoffeln!

Unter der glorreichen Regierung Cuno bleibt dem arbeitenden Volk und allen zahlungsunfähigen Verbrauchern aber auch nicht erspart. An der Ruhr die Franzosen und Belgier, die Deutschlands rühmlichstes Kohlen- und Industriegebiet lahmlegen, im Hinterland die Markfiskusanten aller Grade, die Militärbudgetgewinne einsacken auf Kosten der schaffenden Massen, indem sie die Preise hochtreiben und den Arbeitern den zum Leben nötigen Verdienst verweigern. Eine gewaltige Lebensmittelkrise rafft über das Land und treibt die Menschen zur Verzweiflung, kurz sie in Hunger und Not.

Ob Kohle oder Holz, Brot oder Gemüse, Fleisch oder Fett, Strumpf, Hemd oder Schuh, alles, alles wird mit jedem Tage teurer, der Verbrauch muß eingeschränkt werden, die Arbeitslosigkeit steigt, und noch größer werden Not und Elend. Das verregnete, kalte Frühjahr hat ein übriges dazu beigetragen, daß eine Menge Nahrungsmittel im Wachstum zurückstehen und deshalb nicht zu haben oder im Preis unerschwinglich sind. Und zu allem Überflusse in den letzten Tagen eine große Knappheit an Kartoffeln eingetreten. Ganz verhängnisvoll und unbegründet! Denn wir hatten eine ausgezeichnete Kartoffelernte, und wenn natürlich die Vorräte auch im Laufe des Winters zusammengeschrumpft sind, so können sie jetzt doch mit einem Schläge nicht aufgebraucht sein.

Aber vergeblich laufen die Frauen von Laden zu Laden: Kartoffeln sind nicht zu haben! Händler sagen, daß ihnen die Bauern Kartoffeln nicht mehr verkaufen, weil die

Spiritusbrennereien und die Stärkefabriken

nicht nur ungeheure Preise bieten, sondern die Ware den Bauern mit eignen Arbeitskräften aus dem Keller holen, so daß der Bauer nichts weiter zu tun hat, als die Säcke aufzuhalten und den Segen einzuheimsen. Dieser Sturm der Spiritusbrennereien hat zur Folge, daß die Händler ihre Vorräte verkaufen, teils weil sie nicht ergänzt werden können, teils um höhere Preise abzuwarten. Die Leidtragenden dieser „Politik“ sind die Verbraucher, die keine Kartoffeln bekommen. Dem darf aber nicht ruhig zugeesehen werden. Regierungs- und Polizeibehörden und alle, die eine Verantwortung für die Ernährung des Volkes tragen und eine Verpflichtung haben, gegen diese Wuchererei und Nahrungsmittelvergeudung einzuschreiten, müssen sofort und mit aller Tatkraft handeln.

Es kann und darf nicht sein, daß das einzige, letzte Nahrungsmittel

zu Fajel verarbeitet wird,

damit die Branntweinfabrikanten noch riesigere Gewinne machen als bisher, und es muß verhindert werden, daß der Kartoffelhandel sich unnützlich bereichert. Heraus mit den Kartoffeln aus den Mieten und Kellern der Bauern für die hungrende Bevölkerung, heraus mit den Vorräten bei den Händlern! Die Bevölkerung braucht Kartoffeln, sie sollen arbeiten, da müssen sie auch essen. Deshalb nochmals: Heraus mit den Kartoffeln!

Aus einem Arbeiterhaushalt.

Von einer Parteigenossin aus Neukölln, einer einfachen Frau aus dem arbeitenden Volk, erhielt die Redaktion des „Vortwärts“ einen Brief, den wir ob seiner äußerst anschaulichen und eindringlichen und darum erschütternden Darstellung der unersätlichen Notlage der arbeitenden Klasse, gleichzeitig auch ihrer starken kühnen Kräfte, ungekürzt und unverändert zum Abdruck bringen.

Neukölln, den 5. Juni 1923.
Lieber „Vortwärts“! Im Beiratsartikel der Sonntagsnummer 11. u. 12. Juni, daß das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie zurzeit 200 000 Mark pro Woche beträgt. Dazu möchte ich mir einige Ausführungen erlauben. Da es für einen bescheidenen Gärtner schwer ist, das ganze Jahr dauernd Arbeit zu haben, so arbeitet mein Mann seit 3 1/2 Jahren in der Reinigung des S. G. Er bekam dort am letzten Freitag den 1. Juni für 49 Lohnstunden 52 258 Mark ausgezahlt, in welcher Summe also schon eine Heberiturade nebst Aufsicht enthalten ist. Von dieser Summe hat mein Mann noch die Krankenkasse zu bezahlen, da er nicht der Ortskasse, sondern der Familienunterstützung wegen der Gärtnerkasse angehört.

Dann geht noch ab: 2000 Mark für Miete, 8800 Mark für den „Vortwärts“, die Beiträge für die Partei für uns beide, Volkspflege, Feuerbestattungsverein usw. Dann habe ich am Sonntag für 1 Pfund Schmalz 11 000 Mark bezahlt. Wenn ich nun noch unsere drei Prose und die 7 Liter Milch hole, so ist leicht auszurechnen, daß für die sieben Mittagsmahlzeiten in dieser Woche nicht mehr viel übrig bleibt, sondern es gibt wieder wie bisher den einen Tag Kartoffeln mit Soße und den anderen Soße mit Kartoffeln. Die Woche vorher bekam mein Mann für 18 Stunden Arbeitszeit 50 643 Mark ausgezahlt, wovon der Gasmann gleich über 21 000 Mark erhob. Wie wir dann mit dem restlichen verbleibenden Meße „geschmeißt“ haben, kann man sich denken. So geht es uns nun schon seit drei Jahren. Da wir in Kind von 3 Jahren haben, ist es mir leider nicht möglich, außer dem Hause arbeiten zu gehen, wie ich es bis kurz vor meinem Niederkunft geahnt habe. Gemüse, Hülsenfrüchte, Reis, Meideln, alles, was der Körper so nötig braucht, kann ich nicht kaufen. Butter, Schinken, Speck ist seit circa neun Jahren aus unserer Speisekarte gestrichen. Während des Krieges gab es nichts davon, und jetzt, wo alle Läden voll sind, ist der fürzügliche Arbeitgeber darauf bedacht, daß wir uns nicht den Magen daran verderben können.

Seit Pfingsten haben wir weder einen Happen Fleisch noch eine Scheibe Wurst gesehen. Dafür haben wir uns an den beiden Festtagen an einem ganzen Pfunde Sülzsch weldelbid gefreut. In Anschaffungen von Kleidem und Wäsche ist natürlich nicht zu denken. Ich bin nicht in der Lage, auch nur Pfiden und Garra zum Ausbessern zu kaufen. Ja, muß man denn so ruhig zusehen, wie alles zerlumpt und verfault, nur weil ein Chef es für richtig hält, seine Arbeiter mit einem Hungerlohn abzubezahlen? Sie werden es mir wohl glauben, daß ich schon mehr als einmal weinte, wenn Mann und Kind schliefen, nahe daran war, aufzukommen, die Gasähne zu öffnen, um diesem elenden Hungerdasein ein Ende zu machen.

Aber was würde das schließlich nützen? Weder die Ausbeuter noch die Wucherer und Schieber würde das auch nur einen Augenblick aus ihrer schönen fatten Ruhe bringen. So also sieht es in einem Arbeiterhaushalt aus, in dem der Mann jaheint, schau es seine Arbeit hat und für sich weder eine Zigarre noch ein Glas Bier braucht, sondern jede Papiermarke hat seiner Familie nach Hause bringt. Wie ist es denn um die Familienverhältnisse, die mehrere Kinder haben und wo der Mann öfter längere Zeit arbeitslos ist? Es wird wohl so viel über Notstände und Entbrüche geredet. Wenn wir nicht so an das Hungerge und Entbehren gewöhnt wären und uns immer richtig kalt essen wollten, wie wir als arbeitende Menschen ja auch ein Recht darauf

haben, so müßten wir schon längst zu dieser edeln Kunst gehören. Und wenn die Arbeitgeber endlich ihre Pflicht erfüllen würden und für volle Arbeitsleistung auch ausreichende Bezahlung geben wollten, gäbe es eine Menge Unglück und Verbrechen weniger auf der Welt, und sie behielten doch noch genug übrig, um sich ihre Willen immer mehr zu verschönern und immer noch ein neues Auto und Motorboot anzuschaffen. Frau R. J.

Es gibt sicher im Verbreitungsgebiet der „Volksstimme“ zehntausende Familien, denen es um kein Paar besser geht als dieser Berliner Familie. —

Vereinigter Sozialdemokratischer Partei.

Frauenversammlung sämtlicher Bezirke am Mittwoch den 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Holz, Eislerstr. 22. Vortrag der Landtagsabgeordneten Genossin Vollmann über „Die politische Lage“. Keine Frau darf am Mittwoch fehlen! Gäste sind willkommen! Die Funktionärinnen müssen schon um 7 Uhr da sein, um zu einigen wichtigen Fragen nach Stellung zu nehmen.

Die Ordnerungen am Mittwoch fallen aus.
Bezirk Ostbau. Am Freitag den 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im „Klosterberggarten“. Vortrag des Genossen Dr. Theling.

Vereinfachte Mietzinsberechnung.

Die Mietervereine der Bezirksgruppe Ostbau des Magdeburger Mietervereins hielten unter zahlreicher Beteiligung am Sonntag im „Admiralspaf“ eine Sitzung ab, in der unter lebhafter Zustimmung die Forderung nach vereinfachter Mietzinsberechnung aufgestellt wurde. Der Hausbesitzerverband erhebt die Forderung nach dem 20-fachen der Grundmiete (2000%) für Verwaltungstätigkeit. Der Mieterverein verlangt Abbau dieser Entschädigung. Die Hausbesitzerorganisation erachtet in Nr. 7 ihrer Verbandzeitung ihre Mitglieder, zwecks Begründung der erhöhten Forderung, den Zeitaufwand nicht zu unterschätzen, der für Annahme der Miete, Ausgabe des Wasserschlüssels usw. erforderlich ist. Forderungen, die auf solch schwachen Füßen stehen, können nicht ernst genommen werden. Es wurde bedauert, daß die Bekanntmachung des Magistrats vom 25. Mai mit der Vorschlagszahlung auf die Betriebskosten nicht endgültig Schluß gemacht hat. Daß sich die Errechnung der gesetzlichen Miete durch die fortwährenden Prozentänderungen schwieriger gestaltet, verdankt die Mieterschaft nur dem unaufhörlichen Drängen der Hausbesitzer. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, der Magistrat möge das reine Umlageverfahren für die Betriebskosten anordnen, so wie es andre Städte längst zur Zufriedenheit beider Parteien haben. Das gemischte System findet im Gesetz überhaupt keine Begründung.

Bzüglich der Instandhaltungskosten wurde anerkannt, daß der Magistrat durch die sechste Verordnung (vom 25. Mai) die mieterfeindliche Aufsanftverordnung des Wohlfahrtsamts (vom 28. November 1922) im wesentlichen berichtigt hat. Der Magistrat handelt volkswirtschaftlich richtig, wenn er verlangt, daß Forderungen durch Belege bewiesen werden. Die Hausbesitzer übersehen vollständig, daß der Magistrat in seiner Vorlage vom 23. Mai, Drucksache Nr. 34, insgesamt 193 Millionen 168 Tausend Mark für bauliche Instandsetzungen vermittelst des Ausgleichsfonds verlangt (§ 7 Abs. 3 R.-M.-G.). Auch die Hauskonten sind bereits von den städtischen Körperschaften beschlossen. Es wurde der Grundgedanke vertreten, durch die Mieterorganisation die schuldhaften Verrechnungen der Grundstücke durch die Vermieter gesetzlich festlegen zu lassen, ferner die Aufhebung der Zuschläge für laufende Instandsetzungen zu prüfen, die Einführung der Hauskonten und ihre Finanzierung in Verbindung mit der Wohnungsbaubehälter (§ 7 R.-M.-G.) anzuführen. Das würde eine erhebliche Verminderung der Streitfälle schaffen.

Die Versammlung nahm einen Vortrag entgegen über Das Wohnungsbaubehältergesetz und trat den kritischen Ausführungen des Referenten, Stadtvorordneten Bedet 3, bei, daß die Industrie sowohl als auch die Landwirtschaft, insbesondere die Großbanken, zu einem erheblichen Teile zur Tragung der Lasten für Neubaulängigkeit herangezogen werden. —

Auffstieg der sozialen Baubetriebe.

Den unjünglichen Schwierigkeiten zum Trotz, welche die Geldentwertung, die Liebersteuerung der Baustoffe und der erbitterte Kampf des Privatkapitals gegen jede Form der Gemeinwirtschaft ihnen bereiten, haben sich die Sozialen Baubetriebe zu machtvollen Faktoren der Wirtschaft, des Bauwesens im besondern, entwickelt. Es gab im Jahre 1922 insgesamt 207 gemeinwirtschaftliche Baubetriebe, von denen 100 Betriebe als Bauhütten, 107 als Genossenschaftsunternehmen waren. Jeder Betrieb hatte rund 100 Arbeiter und Angehörige, sieht also in dieser Hinsicht weit über dem Durchschnitt der privaten Baubetriebe. Die verausgabten Lohnsummen stiegen von 204 Millionen im Jahre 1921 auf 2,2 Milliarden im Jahre 1922.

In ihrer durchschnittlich zweijährigen Tätigkeit haben die sozialen Baubetriebe über 14 000 Mietwohnungen gebaut. Im Jahre 1922 wurde ein Umsatz von 4,2 Milliarden Mark erzielt; die Betriebe gingen jedoch in das neue Wirtschaftsjahr mit einem unerledigten Auftragsbestand von 6 Milliarden Mark. Die Tätigkeit der gemeinwirtschaftlichen Baubetriebe stand in der weitest ausgedehnten Mehrzahl im Dienste gemeinsinniger Körperlichkeiten. Nur 16 Prozent des Umsatzes entfiel auf private Auftraggeber, unter denen sich aber ebenfalls noch Konsumgenossenschaften und andre Organe der Gemeinwirtschaft befanden.

Das Vermögen der sozialen Baubetriebe nach dem Stande von Ende 1922 geht aus folgenden Zahlen hervor: Das geschätzte Stammkapital betrug 86,6 Millionen Mark, die Reserven und Ueberschüsse 264,2 Millionen, das Kreditkapital 257,4 Millionen Mark. Bei dem verhältnismäßig kleinen Inkrement der Genossenschaftsarten ist der Vermögensbestand an Sachwerten bereits recht beträchtlich. Der Sachwert der Betriebe, die sich im Eigentum der sozialen Baubetriebe befinden, betrug Ende 1922 insgesamt 432,5 Millionen Mark, der Lagerwert zum gleichen Zeitpunkt jedoch 3,95, also fast 4 Milliarden Mark. Wie diese Zahlen sind ein Beweis für die gesunde Grundlage und die kräftige Entwicklung der sozialen Baubetriebe. —

Die neue Erwerbslosenunterstützung. In der Sonntagsnummer brachten wir eine Notiz über neue Höchstätze in der Erwerbslosenunterstützung. Um Frierer zu vermeiden, sei mitgeteilt, daß es sich um Beschäftigte zentraler Stellen handelt, nicht um Anordnungen Magdeburger Behörden. Die hiesigen Stellen können erst dann nach den Beschüssen verfahren, wenn die Anweisung von der Regierung erhalten haben. Die Anweisung ist noch nicht gegeben. Die hiesigen Erwerbslosen erhalten für die verfloßene Woche eine Erhöhung ihrer Unterstützung um 20 Prozent gegen die Vorwoche. —

Zur Lohnbewegung in der Holzindustrie. Der für die Holzindustrie, Schneidemühlen usw. gefällte Schiedspruch des Schlichtungsausschusses hatte auch Geltung für den Fabrik- und Transportarbeiterverband. Diese beiden Verbände stimmten dem Spruche zu und die Holzarbeiter lehnten ab. Der angesehene Demobilisierungskommissar erklärte den Spruch für verbindlich, da zwei Verbände den Spruch angenommen haben. Den Holzarbeitern allein könnte nicht Rechnung getragen werden. Wir sind nun verpflichtet, uns dem Spruche auch zu fügen. Die Lohnabschlüsse können abgeholt werden, wobei wir dadurch gegenüber der Metallindustrie um 700 Mark und gegenüber dem Banarbeiterverband um 1000 Mark zurückkommen. Für den Bezirk wird am heutigen Montag in Berlin vor dem Reichs-

ministerium verhandelt. Die Versammlung hierzu findet am Mittwoch in der Aula der Augustasthule, Lisenstr. 1, nach 11 Uhr statt. Für die Stellmacher und Schmiede wird erst in den nächsten Tagen verhandelt. Die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe. Nachdem der vom Schlichtungsausschuss in voriger Woche gefällte Schiedspruch von beiden Parteien nummehr angenommen ist, ist die Lohnbewegung für den Monat Juni beendet. Die neuen Tarifverträge sind von Dienstag abend an im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, Stephansbrücke 38, I, gegen Ausweis in Empfang zu nehmen. Die Vertragsentwürfe wollen sie ebenfalls abholen. Die Lohnbewegung für die Umschlags- und Speiditionsbetriebe ist noch nicht beendet, in dieser Angelegenheit ist der Demobilisierungskommissar zur Vermittlung angerufen worden. —

Beschleunigtes Verfahren bei der Verbindlichkeitsklärung. Die Beschwerden über die allzulange Dauer des Verfahrens betreffend die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen haben sich in der letzten Zeit wieder sehr vermehrt. Sie kommen von Arbeitnehmern wie von Arbeitgeberseite, indem einerseits die Arbeitnehmer durch die nachträglichen Verbindlichkeitsklärungen erst verspätet in den Genuss bereits erwerbeter Bezüge gelangen und indem andererseits den Arbeitgebern durch die Verzögerung erhebliche Nachzahlungspflichten erwachsen. In einem Falle hat sogar die Verzögerung des Verfahrens schließlich zur Ablehnung des Antrags auf Verbindlichkeitsklärung mit der Begründung geführt, daß die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung inzwischen längst überholt sei und die vorgeschlagenen Nachzahlungen nicht mehr zu gemittelt werden könnten. Der Minister für Handel und Gewerbe hat deshalb, dem „Amtlichen Preussischen Pressedienst“ zufolge, in einem Erlass die zuständigen Stellen dringend ersucht, das Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung in jeder Weise und unter Benützung aller Hilfsmittel, z. B. des Fernsprechers (für die Ladungen, die Einforderung von Akten usw.), zu beschleunigen und Verzögerungen energig entgegenzutreten, damit die Parteien in möglichst kurzer Frist Klarheit über ihre Rechtsbeziehungen gewinnen und die häufig gerade durch die Dauer des Verfahrens hervorgerufenen Wirtschaftskämpfe vermieden werden. —

Die nützliche Schmeißfliege. Die Fliege ist heute überall als Krankheitsüberträgerin verschrien, und viele Hygieniker predigen den Kampf gegen sie. Die nützlich und wichtig die Schmeißfliege ist, zeigen die neuen Forschungen Geh. Rat Prof. Dr. Oltz, über welche er in der „Umfchau“ berichtet: Schon 24 Stunden nach der Eiablage sind die Larven in lebhafter Bewegung; sie besitzen ein feines Wärmegefühl und ausgezechneten Geruchsinn, so daß sie frisches Fleisch verlassen, wenn jauchig in der Nähe liegt, in dem sie ihre besten Lebensbedingungen finden. Der vordere Rand der Leibesrinne ist mit sehr spitzen, messerscharfen Chitinzippen besetzt, die das Eindringen in tierisches Gewebe erleichtern. Kratz und quer durchwandern sie das Gewebe und zerzerren es mit ihren Zähnen zu feinem Brei. Durch Veruche hat Oltz festgestellt, daß 125 Gramm Maden in vier Stunden 200 Gramm feste Muskulatur restlos verflüssigen. Eine wirksame Hilfe bei ihrem Werke leistet ihnen der Luftsaurestoff. Daher ist der Fäulnisgeruch bei Gegenwart der Maden geringer als bei ihrem Fehlen. Mit der Nahrung werden zugleich Unsummen von Fäulnisbakterien aufgenommen und alle ohne Unterschied verdaut. Selbst die krankheitserregenden Bakterien, z. B. Milzbrandbazillen, werden im Darm der Maden innerhalb 2 Stunden gelöst, und sogar die ungemein widerstandsfähigen Milzbrandsporen werden verdaut. Auch die wachstümliche Leibesbunzung der Zuberletbazillen wird vom Fliegenbarm vollkommen aufgelöst. Oltz hat Impfungen an Meerischweinechen vorgenommen, um festzustellen, ob durch die Verdauung der Bazillen die Ansteckungsfähigkeit erloschen ist und fand, daß die Versuchstiere gesund blieben. Die Maden besitzen also ein Enzym von höchster Wirkung, das unerschließbar alle Bakterien auflöst. Die Larve der Schmeißfliege besitzet somit verdorbenen Fleisch und Abfälle, indem sie zugleich alle Krankheitsserger zerstört.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Gingetretis Nord: Dienstag 1/2 8 Uhr Jugendheim, Georgenplatz. —

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadtheater. Dienstag (Anrecht aufgehoben): Albin. — Mittwoch (1. Anrechtsabend): La Traviata. — Donnerstag (2. Anrechtsabend): Saffan und Saffan. — Freitag (3. Anrechtsabend): Der Widschids. — Sonnabend (4. Anrechtsabend): Wilhelm Tell. — Sonntag (Anrecht aufgehoben): Der Zigeunerbaron.

Willy im Theater. Dienstag (Vorstellung für die Volkshöhle): Der Schwärzschlucker. (7. Abend). — Mittwoch (Vorstellung für die Volkshöhle): Der Schwärzschlucker. (8. Abend). — Donnerstag (Vorstellung für die Volkshöhle): Der Schwärzschlucker. (9. Abend). — Freitag (Vorstellung für die Volkshöhle): Der Schwärzschlucker. (10. Abend). — Samstag (Vorstellung für die Volkshöhle): Der Schwärzschlucker. (11. Abend).

Victoria-Theater. Dienstag (offene Vorstellung): Adam, Eva und die Schlange. — Mittwoch (offene Vorstellung): Der Herr Senator. — Donnerstag (offene Vorstellung): Die Gesellschaft für Theater und Kunst. — Freitag (offene Vorstellung): Adam, Eva und die Schlange. — Sonnabend den 16. Juni bleibt das Theater geschlossen. — Sonntag (offene Vorstellung): Hofpremiere.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Die Abfindung der 20prozentigen Kriegsebeschädigten.

An öffentlicher Stelle muß ich darauf hinweisen, daß unter den 20prozentigen Kriegsebeschädigten die größte Zahl in erster Linie Kranke sind, Lungentranke, Nervenbeschädigte usw., und sich gerade unter diesen die größte Sterbezahlf befindet. Dieses könnte man verbessern, wenn man die ihnen zugeständene geringe Rente erhöht, um so den Beschädigten die Möglichkeit einer besseren Pflege zu geben, statt, wie es jetzt geschieht, ihnen diese kleine Rente noch zu entziehen. Durch die enorme Geldentwertung ist der Betrag der Rente so hoch, daß man sich, wenn man noch etwas dazu legt, ein halbes Viertel Markt kaufen kann. Die Familie will und muß sich den Ernährer erhalten und entzieht sich einen Teil der schon so minderwertigen Rente. Ist es hier nicht Sache des Staates und der maßgebenden Stellen, durchgreifende Hilfe zu schaffen? Bei der allgemeinen Not erkenne ich die Schwierigkeiten einer Hilfe gern an, doch ist es unbedingt nötig, gerade der Familie den Ernährer, den Kindern den Vater zu erhalten. Ich weise nochmals darauf hin, daß es sich hier um innerlich Beschädigte handelt und bitte den Vergleich zwischen dem Verlust eines Fingers und dem Zugug einer Lungenkrankheit oder einem durch Verarmung gerüttelten Nervenstamm zu ziehen. Nur durch die Möglichkeit einer gesunden Lebensweise können wir in den Kriegsebeschädigten einen gesunden Geist erhalten. Ich schreibe dies im Sinn einer großen Zahl Kriegsebeschädigter und bitte die maßgebenden Stellen, die vorstehende Anregung Gelegenheit einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. F. J.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis x Entschärfung der Buchhändler (z. Bt. 42000) Solas Romane.

Seine Erzählungen Eugen Kauson. Groß. Die Sünde des Adels. Roman. Groß. Mitter Erde. Groß. Der Band von Paris. Groß. Das Glück der Familie Kauson. Groß. Sämtliche hochpreisigen Exemplare Grundpreis 5 Mk. gebunden 5 Mk. — Außerdem vorrätig: Die Jagdbeute und Rana. Der Roman einer Pariser Witwe. Süßherz Solsteinband. Grundpreis 5 Mk. —

Volksstimme. Es ist leider wahr, daß sich immer noch Gewerkschaftler und Parteigenossen bei privatkapitalistischen Verfassungen-Gesellschaftlich verhalten. Anregerinnen ist die Volksstimme. Anmelungen, Umschreibungen, Erhöhungen in der Buchhandlung Volksstimme.

Sommerschenburg.

Das Urteil.

Hilbebrandt 2 Jahre 6 Monate Gefängnis; Kleh 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus; Böhm 2 Jahre Gefängnis; Doru freigesprochen; Wiederera 2 Monate Gefängnis; Sturm 5 Monate Gefängnis; Sachnow 1 Monat Gefängnis (umgewandelt in 100000 Mark Geldstrafe); Nummer 7 Monate Gefängnis.

Die Schreckensstage vom 4. und 5. Juli 1922 enden nicht mit einem Schreckensurteil, Geschworne und Gericht haben nicht die acht Männer, die zum Teil junge, sehr junge Leute sind, büßen lassen, was Hunderte und Tausende fast körperlich in einer Masse vereint getan haben. Das kann und muß ausgesprochen werden, gerade weil unsere Justiz so oft uns zwingt, das Gegenteil auszusprechen. Gewiss enthält auch dieses Urteil Härten und Unverständlichkeiten, so z. B. wenn man den nervenkranken Kleh, den schwer belasteten Psychopathen ins Zuchthaus schiebt. Aber dafür können nicht das Gericht und nur in beschränktem Maße die Geschwornen verantwortlich gemacht werden, sondern unsere Gesetzgebung, die nur zwischen offensichtlich Verirrten und Gesunden zu unterscheiden weiß. Ebenso ernst wie dieses Problem ist aber ein andres, das von der Arbeiterschaft von sich aus und für sich gelöst werden muß: wie verhindert werden kann, daß solche Menschen zu Führern sich aufwerfen und dann nicht nur sich, sondern unzählige andre ins Unglück reißen, ganz abgesehen von dem Schaden, den sie der gesamten Arbeiterbewegung zufügen. Es besteht wohl Einmütigkeit in der gesamten denkenden Arbeiterschaft, einschließlich der Kommunisten, daß alles, was am 5. Juli nach dem Eintreffen der Schutzpolizei in Sommerschenburg geschah, gerade vom Gesichtspunkte der Arbeiterinteressen unabweislich ist. Das ist damals schon ausgesprochen worden und muß nach den Beweisergebnissen in diesem Prozeß in schärfster Form wiederholt werden. Die grauenhaften Einzelheiten sind bekannt, sie brauchen nicht noch einmal wiederholt zu werden.

Wir seien aber, ebenfalls nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme, keinen Anlaß, unser Urteil über das Verhalten des Herrn von Rosenberg und seiner Schießgesellen zu ändern. Wildernsd für Rosenberg ist lediglich die Tatsache, daß er an dem verhängnisvollen Tag erst am Nachmittag nach Sommerschenburg kam und dort in einen Kreis von Männern trat, die bereits beschlossen hatten, den Demonstrationen den Durchzug über den Gut- und Schloßhof mit Karabinerfeuer zu verwehren. So handelt man in Feindesland, so handeln Kolonialsoldaten, sie dürfen aber unter keinen Umständen Deutsche gegen Deutsche handeln, am wenigsten deutsche Polizeibeamte. Rosenberg ist keineswegs der duldsame, verständige Gutsherr, als den er sich vor Gericht gab. Er hatte Streitigkeiten über Streuliegen und hat sie beharrlich getollt: in einem Schreiben an einen Offiziersverein spricht er selbst davon, daß er mit den alten Beamten und dem Betriebsrat „ausräumen mußte und muß“. Wir halten weiter unsere Behauptung, daß Umräge über den Gut- und Schloßhof üblich waren, unrichtig und führen zum Beweis an, daß ein Demonstrationss-

zug anlässlich des Kap-Puffsches genau den Weg nahm, den am 4. Juli die Demonstranten nehmen wollten. Der damalige Rächter, der eigentliche Arbeitgeber des Herrn von Rosenberg — noch dazu ein Holländer! — hat nicht die Laxe geschlossen, hat keine Karabiner bereitgestellt, sondern ließ die Demonstranten an sich vorbeiziehen, begrüßte seine Arbeiter im Zug und schloß sich mit seinem Inspektor an. Das ist das Bittere bei diesem Prozeß, daß Rosenberg und Wessanen nicht auf der Anklagebank saßen. Sie haben das Recht der Notwehr weit überschritten, sie haben unverantwortlich gehandelt, sie haben mit Feuer gespielt, als schon der Deckel vom Pulverschuh des Bürgerkriegs durch den Rasthau-Mord in die Luft geflogen war. Rosenberg mußte zudem, auf wem exponiertem Posten er in Sommerschenburg stand. Er war mehrere Monate vorher schon von einem hohen Staatsbeamten mehrfach gewarnt und ermahnt, es war ihm auf den Kopf zugefallen worden, daß eine Katastrophe durch sein Verhalten heraufbeschworen werde. Rosenberg mußte, als er von den Beschlüssen des „Kriegsrats“ Kenntnis erhielt, diese nicht billigen, sondern die Behörden benachrichtigen. Ein Marschur gerade aus Sommerschenburg wäre nicht ungehörig verhallt.

Wir hoffen, daß alle Kreise aus Sommerschenburg lernen: Arbeiterschaft, Gutsherrn, Unternehmer und Behörden. Für die Arbeiterschaft gilt es zu erkennen: es dürfen keine Demonstrationen unternommen werden, die nicht verheißend sind von einem besonders geschulten Ordnerführer, der stark genug und scharf ist, Unbesonnenheiten zu verhindern, jede Provokation wirkungslos zu machen und zu verhindern, daß Menschen wie Kleh zu „Führern“ sich machen. Fünfzig Ordner an der Spitze des Marienborner Demonstrationszugs, und es war möglich zu verhindern, daß die „Landhüßler“ die Demonstranten in den Gutshof und damit in die Gewehre der Rosenberg, Wende und Reile trieben. Und wenn schon ein Unglück wie am 4. Juli geschah, so durften am Morgen des 5. Juli nicht allein — was nie zu verhindern ist — ungeleitete Massen um das Schloß liegen, sondern einige hundert Ordner mußten bereitstehen, um die Polizei bei der Verhaftung der Schloßherrschaften zu unterstützen, wilde Haufen wie den Trupp der Zimmerleute schon auf dem Marsch unschädlich zu machen.

Schluß der Verhandlung.

Am Sonnabend in den Abendstunden ging die Verhandlung, eine ungewöhnlich anstrengende für alle Beteiligten, zu Ende. Am Vormittag war eine kurze Zeit zu befürchten, daß die Verhandlung verlagert werden müßte. Für den Angeklagten Böhm hatten sich drei Zeugen gemeldet, die bereit waren, zu bekunden, daß Böhm bei jenem Abschnitt der Verfolgung des Feldhüter's Werner, die demnachlich den Unglücklichen zu Tode brachte, nicht beteiligt war. Das Gericht beschloß, das als wahr zu unterstellen, was diese Zeugen bekunden wollen. Damit waren allerdings jene Zeugenangaben nicht erfüllt, nach welchen Böhm beim ersten Abschnitt der Verfolgung mit einem Säbel auf Werner einschlug.

Von den Angeklagten nahmen das Wort Kleh, Wiederera und Sturm. Kleh beteuerte, daß er zu seinen Taten stehe, bestritt, an den Verhandlungen Rosenbergs und Berners sich beteiligt zu haben. Er schloß mit einem politischen Glaubensbekenntnis. Wiederera erwiderte gegenüber dem Staatsanwalt, er habe alle Ursache gehabt, solidarisch nicht mit der „Gutsherrschafft“, sondern mit seinen Arbeitskollegen zu sein. Sturm bestritt wiederum, an der Mordthat teilgenommen zu haben.

Nach der sehr eingehenden und durchaus objektiven Rechtsberatung durch den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Hofmann, der die Geschwornen auch über die Strafen belehrte, welche nach dem Schuldspruch, den Angeklagten drohte, bescheinigten sich die Geschwornen um 12 Uhr zur Verhandlung der 52 Schuldfragen zurück. Um 14 Uhr wurde die Verhandlung wieder eröffnet und der Mann verurteilt den Wahrspruch. Danach wurden schuldig erklärt: Hilbebrandt des schweren Landfriedensbruchs (Gewalttätigkeiten, Plündern), die Kolbenschläge auf den verwundeten Rosenberg wurden als vorsätzliche Körperverletzung erkannt, außerdem die Schuldfrage nach Waffenbesitz zum Zwecke von Gewalttätigkeiten bejaht. In vollem Umfang wurden mildernde Umstände zugestanden.

Kleh, den Haupttäter, sprachen die Geschwornen schuldig des schweren Landfriedensbruchs, der Mordherrschaft, der Körperverletzung an Rosenberg und Werner. Für diese Straftaten wurden mildernde Umstände zugestanden, sie wurden aber verneint wegen des Waffenbesitzes, offenbar wollten die Geschwornen den Kleh gern ins Zuchthaus bringen, aber nicht auf eine allzu lange Reihe von Jahren. Immerhin war mit diesem Wahrspruch dem Gericht als Grundlage für die Strafverteilung die Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus allein für den Waffenbesitz gegeben.

Böhm wurde entgegen dem Antrag des Staatsanwalts auf des schweren Landfriedensbruchs für schuldig erklärt, der Schloßhieb auf Werner wurde als vorsätzliche Körperverletzung ohne Todesfolge erklärt. Für alle Straftaten nahmen die Geschwornen das Vorliegen mildernder Umstände an.

Bei dem Angeklagten Doru wurden, gemäß dem Antrag des Staatsanwalts, alle Schuldfragen verneint.

Wiederera wurde nur des einfachen unbefugten Waffenbesitzes für schuldig erklärt, Sturm des einfachen Landfriedensbruchs, nicht des Plünderns, Sachnow der Schlägerei und Nummer 7 des einfachen Landfriedensbruchs.

Die Anträge des Staatsanwalts.

Die Staatsanwaltschaft stellte folgende Strafanträge: Hilbebrandt 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust; Kleh 5 Jahre Zuchthaus; Böhm 4 Jahre Gefängnis; Doru 1 Jahr Zuchthaus; Wiederera 6 Monate Gefängnis; Sturm 1 Jahr Gefängnis; Sachnow 2 Monate Gefängnis; Nummer 7 9 Monate Gefängnis. Die Untersuchungsakten sollte Wiederera voll, die anderen Angeklagten nur teilweise angerechnet werden. Mit Schärfe wandte sich die Verteidigung gegen die Anträge der Staatsanwaltschaft, insbesondere wies Justizrat Brandl darauf hin, daß auffallenderweise die Geschwornen den Waffenbesitz bei Kleh als schwerer anzusehen als den Waffengebrauch und daß die beantragte Strafe die Sachverständigen Gutachten einfach beiseite schiebe. Einen Psychopathen schiebe man nicht auf 5 Jahre ins Zuchthaus.

Das Gericht trug den Einwänden der Verteidigung unmerkbar Rechnung und setzte die Strafen zum Teil wesentlich niedriger fest, als die Staatsanwaltschaft beantragt hatte.

In der Urteilsbegründung hieß es u. a., es müßte Lage und Verteilung der Umstände beachtet werden, die zu der Tat führten. Der Rasthau-Mord brachte tiefste Erregung in ganz Deutschland, und auf dem Boden dieser Erregung bildete sich der Demonstrationszug, der widerrechtlich in Sommerschenburg einbrach. Das Gericht nimmt an, daß die Schloßherrschaften dem Gesühel, es bleibe nichts andres als Schießen übrig, als aus Notwehr gezwungen, gehandelt haben. Den Angeklagten mußte zugehalten werden, daß sie bestimmt glaubten, daß die Opfer nicht in Notwehr gefallen sind. Dies und die Erregung Laufender Arbeiter in jener Gegend fällt mildern ins Gewicht. Demgegenüber steht aber die Rohheit und die kaum zu begreifende Mißbilligkeit, mit welcher Werner zu Tode gebracht und der verwundete Rosenberg auf dem Krankenbett mißhandelt wurde. Rosenberg auf dem Krankenbett verdient die letzte Beachtung, den das Gericht in dieser Sache sagte: auf Antrag des Justizrats Böder wurde der Angeklagte Böhm mit Rücksicht auf seine Familie noch am Sonnabend aus der Haft entlassen.

Schließlich sei erwähnt, daß Justizrat Böder den milderen Verwandten verpflichtet, ebenso Sachnow und Nummer 7.

Fräulein.

Roman von Paul Enderling.

Copyright by J. G. Cottische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

(36. Fortsetzung.)

„Sind Sie mir sehr böse?“ fragte Lina am nächsten Morgen. Fräulein schüttelte den Kopf. „Nein, Sie sind ein dummes Hündchen gestern. Ich weiß nicht, was mich plagte. Es kam so über mich. Ich weiß, ich weiß ganz gut, was mich plagte. Ich will nicht sagen, ich weiß es nur zu gut.“ Fräulein sah zu Lina hinüber. Lina stand am Fenster. Das helle Morgenlicht ergoß unerschütterlich in ihrem Gesicht. Fräulein sah nie besser aus. „Sie sind nicht glücklich, Fräulein.“ sagte Lina leise. Fräulein nickte. „Was soll es denn wohl an, daß sie nicht glücklich ist.“ „Ich dachte, ich könnte irgend etwas tun, irgend etwas ergreifen, um frei zu sein.“ „Um frei zu sein? ... Und dafür Heirat?“ fragte Fräulein. „Es war das erste, was sie zu Lina sagte.“ „Er hat mir leid.“ sagte Lina. „Und auch wiederum nicht.“ „Er hat ja den Menschen, den er liebt. Was soll er noch? Welche Liebe? Er muß doch wissen, daß er nicht gefragt wurde — damals.“ „Er muß doch wissen, wann er kommen wird.“ „Ich es nicht, wann ich kommen werde.“ „Ich weiß nicht, ob es Ihnen ist. Es quält mich.“ Sie sprach mit der Hand auf ihre Brust. „Ich habe den Menschen, den ich liebe.“ „Sie haben die Hand des Menschen, den Sie lieben?“ „Ich bin ein armes Mädchen.“ „Ich würde es auch nicht gut. Ich bin ein armes Mädchen.“ „Ich würde es auch nicht gut. Ich bin ein armes Mädchen.“

Das Dienstmädchen kam und brachte einen Brief für Fräulein. „Als Fräulein die Adresse las, stand sie auf und ging, ohne ein Wort zu sagen, auf ihr Zimmer.“ Frau Görke sah erkannt von der grauhaarigen Ecke auf. „Warum Fräulein? Sie wissen nicht den Brief, den Fräulein erhalten hat. Aber er war doch von ihm und nur für sie.“ „Mein Bruder ist morgen da. Er wird Ihnen sagen, warum ich nicht komme.“ „Ich habe eine Schloß verloren.“ „Wann ist das kommen?“ „Ich konnte ich da zu Ihnen kommen?“ „Sie können mit meinem Bruder über alles sprechen. Ueber alles.“ Fräulein lehnte sich in die Ecke zurück und lag nun ganz still, mit großen Augen zur Decke sehend. Sie dachte nur das eine: Er kommt nicht, aber er denkt an mich, und morgen kam ich mit einem über ihn sprechen. Was fürchte ich nun? Und ihre Augen wurden klar und hell. Sie ging aus Zitter. In der Scheibe des Zwieltuchs las sie die Heulen immer wieder und sah hinter jedem Satz, hinter jedem Worte zwei Arme, die sich ihr entgegenstreckten. Sie küßte das Papier wieder und wieder und hielt plötzlich erschrocken inne; denn die Buchstaben verwandelten sich schon. „Fräulein!“ tönte auf dem Korridor Frau Görkes Stimme. Sie lief schnell zur Tür und verschloß sie. „Fräulein!“ Sie fand Lina mitten in der Stube und antwortete nicht. Den Brief hielt sie ausgebreitet vor sich. Wie eine Schutzwehr griffen sie und der Frau drüben. Wie eine Schutzwehr zwischen sie und dem Alltag. ...

„Ja, dann wollen wir nur gleich hingehen.“ sagte Ingenieur Franziskus nicht besonders freudig. „Es hängt wie: Was man nicht gern tut, muß man schnell tun.“ Ingenieur Franziskus hatte Neugierigkeit mit Lina; er sah ihren keine Augen härter und härter. Und dann war da diese braune, lederfarbene Leint. Ingenieur Franziskus stellte alles voll Blumen. Auch Fräulein's Zimmer stand voller bunter Dackeln. „Natürlich, es kann gar nicht Geld genug kosten.“ brummte Görke. „Es kostet ja nicht Dein Geld, Schmeichele.“ Alle zählten etwas zusammen. Kein anderer aus der Familie sprach so mit dem Familienhaupt. Julius Görke antwortete nicht. Er murmelte nur etwas undeutlich vor sich hin und bestaunte sich in die Zeitung. Frau Görke hatte das Bedürfnis, zwischen den beiden barmännern irgendwie zu vermitteln. „Nicht wahr, Vater hat dir gut erhol?“ fragte sie. „Ja, nur!“ Görke münzte energisch ab, und Ingenieur Franziskus kam ihr nicht zu Hilfe. Frau Görke sah gekränkt und geknifft aus: Sie hatte entschieden eine unglückliche Hand bei Verpfänden. ... Ingenieur Franziskus lächelte. Es war genau die Familienzene, die er sich ausgemalt hatte. In übrigen schien er sich nur um die Kinder zu kümmern. Er sah Berners Zeugnisse durch und freute sich, daß er in Sprachen „gut“ hatte. „Da ist euer Fräulein wohl die schönste dran, wie?“ „Werner brühte Fräulein genau. Zum ersten Male bielt er ihm der Gedanke, daß Fräulein Verdienste um ihn habe.“ Als Ingenieur Franziskus mit Werner schwimmen gehen wollte, erklärte Werner, daß er es jetzt, wo ihn wieder die Eltern beanspruchen werde, nicht tun könne. „Ekonome der Kraft!“ spottete sein Vater, und er ließ die Uhr hing den ganzen Tag an ihm und erklärte ihm die Uhr Wind ging wie eine Wasserfläche. „Hast Du Fräulein lieb?“ „Ja.“ „Lieber als mich?“ Sie sah unglücklich von einem zum andern, und endlich sah sie beide Hände und bereitete sie, strahlend über den diplomatischen Ausweg aus dem fürchterlichen Dilemma. Ingenieur Franziskus überhütete sie mit Süßigkeiten. Er mit Fräulein allein war, sagte er: „Was ist eigentlich Zweck?“ „Finden Sie sie verändert?“ „Ja. Sie sollte Henning nicht heiraten. Es endet nicht gut.“ „Ich, das weiß man vorher nicht.“ „Doch, man weiß es. Wenn man lange einjam gelebt wie ich, weiß man gut, welche Menschen auseinander müssen welche zusammengehören.“ Er neigte sich zu ihr, und es war wie im Zusammenhang mit dem vorigen, als er sagte: „Fräulein läßt Sie herzlich grüßen.“ „Fräulein neigte den Kopf. Danke, wie geht es ihm?“ „Er macht sich das Leben unruhig schwer. Er will den Fingern laufen. Und man kommt doch am schnellsten und sieht amper, wann man langsam steigt. Ist's nicht so?“ „Vielleicht stimmt das für alle, nur nicht für ihn.“ Fräulein klappte und sah ihm ins Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Provinz.

Bezirksverband der Vereinigten Sozialdemokratie.

Am Sonntag fand im „Mösterberggarten“ zu Magdeburg eine Sitzung des Bezirksausschusses statt. Die Sitzung sollte sich im wesentlichen mit der Vorbereitung des Bezirksparteitags und mit Organisationsfragen beschäftigen.

Der Vortrag schloß sich eine etwa stündliche Aussprache an, die von großem Verantwortungsgefühl getragen war und auf bedeutender geistiger Höhe stand.

Die Genossen Kerk und Klotz sprachten über Organisationsfragen. Demnach soll über den ganzen Bezirk ein Flugblatt verbreitet werden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten, Gemeindevertreter und Gemeindefreiwähler sollen organisierte Ausschüsse bilden.

Der Bezirksparteitag findet am 29. Juli in Magdeburg im „Konzerthaus“, Leipziger Straße, statt. Am 28. Juli wird im „Mösterberggarten“ ein Parteitag der sozialdemokratischen Lehrer abgehalten.

Der Bezirksausschuss erklärte sich mit diesen Veranstaltungen einverstanden. Für gute Beteiligung muß in allen Orten gewirkt werden.

Parteiwachrichten.

Arbeiter-Jugendvereine.

Eschnebeck: Arbeiterjugend und Junger Sozialisten: Am Dienstagabend 1/8 Uhr im Jugendheim Burachstraße wurden den Genossen Stadts (Magdeburg), Erlebnis in England, die wir würden es auch den älteren Parteigenossen nicht überlassen, wenn sie sich bei dieser Gelegenheit einmalt bei uns sehen lassen würden.

Kreis Wangleben.

Wangleben: E. K. W. U. Aus Anlaß eines Tollwurfs in Miltendorf wurde die Hundesperre bis auf weiteres über die Orte Sadmerleben, Befendorf, Kleinohreleben, Großgenmersleben und Weilerleben verhängt. Die Aufsicht von Hunden aus den genannten Orten ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung gestattet.

Unterbesetzte Neuhaßeldensleben-Wolmirstedt.

Eschendorf: Gemeindevertreter-Sitzung vom Donnerstag, die Tagesordnung war reichhaltig. Als erster Punkt wurde die Rechnungslegung für das Jahr 1922 besprochen. Es ist eine Einnahme von 5 272 523,59 Mark zu verzeichnen. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 4 871 588,14 Mark.

Athaldensleben: Entzug der Konzession. Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist dem Schuhmacher Kamrad von hier, am Niederplatz, die Konzession zur Ausübung seines offenen Ladengeschäfts (wahrscheinlich wegen allzu großer Neelität) entzogen worden. Es ist dies derselbe Mann, welcher am vergangenen Sonntag noch stolz und süß die heiligen Götze aus Magdeburg durch den Ort führte.

Hötensleben: Ortsausschuss. Die Abhaltung eines Volksfestes wegen der wirtschaftlichen Not und der politischen Lage abgelehnt. Es wurde beschlossen, den Beitrag von der Verkäuflichkeit auf 50 Mark für Männen, auf 25 Mark für Weibliche zu erhöhen.

Leitung zu besprechen. Der Antrag von Sommerchöburg wurde beschlossen. Dann wurden noch Sammelstellen für den Reichsbau und anderer Genossen angegeben. Den Landarbeitern wurde anheim gegeben, wegen Entschädigung bei Wasserarbeiten in der Landwirtschaft bei ihren Arbeitgebern vorstellig zu werden, natürlich durch den Landarbeiterverband. Nächste Sitzung am 10. Juni.

Kreis Kalbe.

Schönebeck: Parteiverammlung. Genosse Peters holte weit aus und erklärte die Entstehung der Internationale und deren Bedeutung für unsere heutigen Zeiten. Die jetzt wieder neu gegründete Internationale mit ihrem Sitz in London wird sich natürlich nicht bloß mit Resolutionen befassen, sondern im Interesse der Völker zu Taten übergehen.

Große öffentliche Volksversammlung der Vereinigt. sozialdem. Partei, Ortsgruppe Staßfurt

findet Dienstag den 12. Juni, abends 8 Uhr, in Klingel' Ball- und Konzerthaus statt. Referent: Ehefrau Wader, Magdeburg. Keiner darf fehlen. Der Vorstand.

Staßfurt. Eine große öffentliche Versammlung der Partei findet am Dienstag den 12. Juni in Klingel' Ball- und Konzerthaus statt.

Kreis Jerichow 1.

Wiederich. Parteifest. Am 15. Juni findet das diesjährige Parteifest statt, zu dem die Parteivereine der umliegenden Orte eingeladen sind, und zum großen Teile zugeführt haben.

Burg. Werbewoche. Parteigenossen! Die ersten Reklame der Werbewoche sind eingelaufen.

Scherma. Ein Erfolg. Es war im Jahre 1921, als von den damaligen Kommunisten im Orte der Kommunisten (Burg) zu einem Referat nach Schermen geholt wurde.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Die Stadtverordneten-Sitzung vom 8. Juni hatte eine lange Tagesordnung zu erledigen. Bei der Beratung der Verwaltungsordnung für die höheren Schulen stellte die Genossin Diekmann eine Reihe Abänderungsanträge.

Affersleben. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am 7. Juni im Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, wählte zunächst einstimmig zum Vorsitzenden den Genossen Ferle. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Genosse Priesel einstimmig gewählt.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Die Stadtverordneten-Sitzung vom 8. Juni hatte eine lange Tagesordnung zu erledigen. Bei der Beratung der Verwaltungsordnung für die höheren Schulen stellte die Genossin Diekmann eine Reihe Abänderungsanträge.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Die Stadtverordneten-Sitzung vom 8. Juni hatte eine lange Tagesordnung zu erledigen. Bei der Beratung der Verwaltungsordnung für die höheren Schulen stellte die Genossin Diekmann eine Reihe Abänderungsanträge.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Die Stadtverordneten-Sitzung vom 8. Juni hatte eine lange Tagesordnung zu erledigen. Bei der Beratung der Verwaltungsordnung für die höheren Schulen stellte die Genossin Diekmann eine Reihe Abänderungsanträge.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Die Stadtverordneten-Sitzung vom 8. Juni hatte eine lange Tagesordnung zu erledigen. Bei der Beratung der Verwaltungsordnung für die höheren Schulen stellte die Genossin Diekmann eine Reihe Abänderungsanträge.

Stadtkreis Uchersleben.

Uchersleben. Die Stadtverordneten-Sitzung vom 8. Juni hatte eine lange Tagesordnung zu erledigen. Bei der Beratung der Verwaltungsordnung für die höheren Schulen stellte die Genossin Diekmann eine Reihe Abänderungsanträge.

Affersleben. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am 7. Juni im Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, wählte zunächst einstimmig zum Vorsitzenden den Genossen Ferle. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Genosse Priesel einstimmig gewählt.

Aus der Jugendbewegung.

Führerausprache der sozialistischen Arbeiterjugend. Am Sonntag den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, findet in Sandersleben in der Kreisarchivbibliothek die Führerausprache für den Bezirksverband Mittel- und Ostpreußen statt.

- 1. Grundlagen des Sozialismus. (Karl Voigt.)
2. Staatliche Jugendpflegeorganisation. (Genosse Weese.)
3. Erziehungsarbeit in Kindergruppen. (Genossin Gessler.)

In diesem Jahre soll die Führerausprache der Aufsicht sein für eine umfangreiche Bildungsarbeit in allen Werbebezirken und Ortsvereinen. Planmäßig muß überall an die Organisation von Vorträgen, Ausstellungen, Arbeitsgemeinschaften herangegangen werden.

Der Vorstand. Am Mittwoch den 30. Mai trat der Magdeburger Ortsausschuss für Jugendpflege im Franke-Jugendheim zusammen, die amtliche Vertretung der Magdeburger Jugendorganisationen bei der hiesigen Stadtverwaltung.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

Den Beschlüssen des Ausschusses bildete ein zu Herzen gehender Vortrag des Lehrers Jülich über die Volksnöte unserer Zeit: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkohol, und über die Anteilnahme der Jugend am Kampfe gegen diese Schäden.

Die Jahresversammlung des Ortsausschusses bringt regelmäßig auch die Wahl des Arbeitsausschusses, und die Delegierten der Vereine setzen mit Recht zu, daß ihre Interessen dabei zur Geltung kommen.

